

„Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit.“¹

Darum leitete Marx den III. Abschnitt der Adresse mit der Feststellung ein,

„die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen“².

Nach der Darstellung der Maßnahmen der Kommune, die keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit sein sollte, kam Marx zu den entscheidenden Feststellungen:

„Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte ...

Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht.“³

Indem Marx das sozialistische Programm der Kommune darlegte, schrieb er weiter:

„Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.“⁴

In diesem Zusammenhang entwickelte Marx einen Gedanken, der noch heute geradezu aktuelle Bedeutung hat:

„Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigne Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne

¹ Ebenda, S. 489.

² Ebenda, S. 488.

³ Ebenda, S. 494.

⁴ Ebenda, S. 495.

ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“¹

Die ganze Entwicklung seit dem Siege der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion ebenso wie der Kampf um den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den Volksrepubliken sind eine einzige Kette von Beweisen für die große geschichtliche Weitsicht, die Marx bereits angesichts des ersten Versuchs der proletarischen Revolution bewies.

Auch nachdem der Generalrat nach Amerika verlegt war und schließlich die I. Internationale ihre Tätigkeit eingestellt hatte, blieben Marx und Engels die anerkannten und unbestrittenen Führer der internationalen Arbeiterbewegung. Sie waren für alle sich entwickelnden Arbeiterparteien die Lehrer, Helfer und Berater, aber sie blieben auch die unversöhnlichen Kämpfer gegen jede Erscheinungsform des Opportunismus, gegen jedes Eindringen der bürgerlichen Ideologie in die Arbeiterbewegung. Diese Gefahr nahm aber in dem Maße zu, in dem sich die Arbeiterparteien in die Breite entwickelten, zu Massenparteien mit steigendem Gewicht und Einfluß wurden.

Besonders gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung fühlten sich Marx und Engels zur Wachsamkeit in theoretischen wie politischen Fragen verpflichtet. Und das gerade darum, weil sie die von Bebel und Liebknecht geführte sozialdemokratische Arbeiterpartei als „ihre“ Partei betrachteten,

„weil ja“ — wie Engels schrieb — „die deutsche Partei von Anfang an in Anlehnung an unsre theoretischen Aufstellungen sich entwickelt hat“².

Die besondere Wachsamkeit gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung war aber auch bedingt durch die Rolle, die Ferdinand Lassalle und der von ihm geschaffene Allgemeine Deutsche Ar-

¹ Ebenda.

² Brief an Bebel vom 14. November 1879; Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 393.

beiterverein (1863) spielten. Lassalle infizierte die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Opportunismus und dem bürgerlichen Nationalismus, ja, mehr als das, er war ein Komplott mit Bismarck eingegangen, war zu dessen politischen Agenten geworden. Marx durchschaute dieses Spiel. Bereits im Jahre 1865 schrieb er in einem Brief an Kugelmann:

„Indes zeigte sich bald — die Beweise davon kamen in unsre Hand — daß *Lassalle* in der Tat die Partei *verraten* hatte. Er hatte einen förmlichen Kontrakt mit Bismarck eingegangen (wobei natürlich Garantien *keinerlei* Art in *seiner* Hand).“¹

Erst 63 Jahre später, im Jahre 1928, ist im Kabinett des preußischen Ministerpräsidenten der Briefwechsel zwischen Bismarck und Lassalle gefunden worden, der Marxens Urteil über Lassalle voll und ganz bestätigte. Ja, es wurde nach der Novemberrevolution sogar ein Dokument darüber gefunden, daß Bismarck den Lassalleschen Arbeiterverein in Form einer Anleihe mit 2500 Talern subventionierte.

Selbst so hervorragende Vertreter der deutschen Linken, wie Franz Mehring, haben in dem Verhalten von Marx zu Lassalle nur ungerechtfertigtes Mißtrauen, Irrungen und Wirrungen gesehen. Im Recht aber war allein Marx mit seiner Unversöhnlichkeit und Wachsamkeit sowohl in theoretischen wie in politischen Fragen. Das deutsche Proletariat hat gerade in der gegenwärtigen Zeit des verschärften Klassenkampfes alle Ursache, sich auch dieser Lehren aus dem Kampf seines großen Lehrers und Führers Karl Marx zu erinnern und sie zu beachten.

Marxens Kampf gegen das Lassalleanertum verdankt die deutsche und internationale Arbeiterklasse eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Dokumente sowohl für den tagtäglichen Kampf gegen das Kapital wie auch für die proletarische Revolution und die Errichtung des Sozialismus: seine „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei“. Marx schrieb diese „Kritik des Gothaer Programms“, als bei der Vereinigung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit den Lassalleanern 1875 eine Reihe der Dogmen Lassalles in das Vereinigungsprogramm aufgenommen und so feindliche Auffassungen in die marxistische

¹ Ebenda, S. 198.

Arbeiterbewegung eingeschmuggelt wurden. Diese Kritik wurde allerdings erst im Jahre 1891 veröffentlicht, als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Schaffung eines neuen Programms der Partei auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dabei ist überaus kennzeichnend, daß Engels diese Veröffentlichung gegen den hartnäckigen Widerstand der Parteiführung buchstäblich erzwingen mußte.

Die glänzende Abfertigung, die Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ der Lassalleanischen These vom „ehernen Lohngesetz“, den nationalistischen Tendenzen, den vulgärdemokratischen Forderungen und dem Untertanenglauben an den kapitalistischen Staat zuteil werden läßt, ist noch heute für den Kampf gegen die rechten SPD-Führer in Westdeutschland von erstrangiger Bedeutung. Doch die Bedeutung der Marxschen „Randglossen“ geht weit über eine bloße Kritik des Lassalleanertums hinaus. Sie bringen vielmehr eine Anwendung der Marxschen Entwicklungstheorie

„auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus“¹.

Darum kam Marx, nachdem er die opportunistische Konfusion in der Frage des Staates aufgedeckt hatte, zu der Feststellung:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“²

Besonders sorgfältige Aufmerksamkeit und gründliches Studium verdient heute, da wir uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Aufgabe gestellt haben, die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, der dritte Abschnitt der „Kritik des Gothaer Programms“, in dem Marx überaus wichtige Grundgedanken für die Ökonomie des Sozialismus entwickelt.

Von nicht geringerer Bedeutung für die Lösung der aktuellen

¹ W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke* in zwei Bänden, Bd. II, S. 222.

² Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“; Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden, Bd. II, S. 25.

Aufgaben unserer Partei ist, wie Marx das Prinzip „jeder nach seiner Leistung“ begründet:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum.“¹

In überzeugender Weise begründet Marx, daß unter diesen Bedingungen die Gleichheit darin besteht,

„daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird . . .

Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie *nur* als *Arbeiter* betrachtet.“²

Indem Marx diese Notwendigkeiten der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist, entwickelt, eröffnet er zugleich einen begeisternden Ausblick auf die höhere Phase des Kommunismus, in der die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Karl Marx hat den Sinn seines großen Lebens, erfüllt von genialem Forschen und umwälzenden wissenschaftlichen Entdeckungen, von rastloser Arbeit und unermüdlichem Kampf am besten selbst gedeutet, als er bereits in frühen Jahren als Sieben- undzwanzigjähriger schrieb:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.“³

¹ Ebenda, S. 15/16.

² Ebenda, S. 16 und 17.

³ Ebenda, S. 378.

Es gab vor Marx keinen Wissenschaftler und Philosophen, der gleich ihm die Welt völlig objektiv, die Natur und Gesellschaft auseinander und zusammengeleitet hätte, die Welt auch in revolutionärer Hinsicht dem Tode von Karl Marx her zu führen und die Rechtfertigung und Begründung durch die Geschichte wie sie überzeugendes und unerschütterliches Fundament kann. Als Marx in seinem Werk „Das Kapital“ mit literarischer sprachlicher Wucht und Eindringlichkeit die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise schildert

„Hand in Hand mit dieser Zentralisation der Produktionsmittel vieler Kapitalisten durch welche entwickelt sich die kooperativen Form des Arbeitsprozesses und eine wesentliche Voraussetzung die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft die bewußte Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Produktionsmittel in ein gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Konzentration der Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel, Konzentration gesellschaftlicher Arbeit die Veranschlagung aller Kräfte in das Netz des Weltmarktes, und damit der unermessliche Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig zunehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Proletariats, der Knechtschaft, der Entwertung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmagnat wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm existiert ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Hülle des kapitalistischen Privateigentums schmilzt. Die Expropriation weicht expropriert.“²

Rund drei Jahrzehnte nach dem Tode von Marx war die kapitalistische Gesellschaftsformung an dem Punkt angelangt, wo die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit mit ihrer kapitalistischen Hülle unverträglich geworden waren. Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914 trat der Kapitalismus in die Phase seines allgemeinen Krises

² Karl Marx, „Das Kapital“ (M. Buchverlag Berlin 1977, S. 89)

ein, die eine Krise des Untergangs ist. Seither war der Kapitalismus in den führenden imperialistischen Ländern nur noch im Kriege und zu Zeiten der Rüstungskonjunktur imstande, die vorhandenen Produktionsmittel voll auszunutzen. Permanente Massenarbeitslosigkeit war für die gesamte Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kennzeichnend und brachte ein vorher kaum gekanntes Massenelend, begleitet von allen Erscheinungen der Knechtschaft, der Ausbeutung und Entartung hervor.

Trotz gewaltigster, bisher beispielloser Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums im zweiten Weltkrieg, trotz unabsehbarer Zerstörung von Produktionsmitteln, trotz des Hinschlachtens von rund 27 Millionen Menschen, schwebt wenige Jahre nach Kriegsende bereits wieder die Gefahr einer neuen tiefgehenden Wirtschaftskrise über der kapitalistischen Welt. Ihr offener Ausbruch wurde bisher nur dadurch verhindert, daß die USA, das führende imperialistische Land, auf die Geleise der Kriegswirtschaft übergangen und durch die Entfesselung des Koreakrieges die gesamte kapitalistische Welt in die Kriegshysterie stürzten, die sie „kalten Krieg“ nennen. Nichts ist für den völligen Bankrott des Kapitalismus in seiner letzten Phase, der Phase seines Untergangs, kennzeichnender als die Tatsache, daß seine führende Macht die Rettung vor einer neuen verheerenden Krise nur in Aufrüstung und Krieg zu suchen weiß. War „die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft“ ein mächtiger Hebel des sich entwickelnden Kapitalismus, so scheint dem sterbenden imperialistischen Kapitalismus „die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft“ zur Ausrottung menschlichen Lebens, zur Verheerung und Verödung blühender Landstriche das letzte verzweifelte Mittel, seine Sterbestunde noch hinauszuzögern. Wie anders soll man es sonst werten, daß General Eisenhower in seiner Antrittsrede als Präsident der USA erklärte:

„Die Wissenschaft scheint bereit zu sein, uns als ihre letzte Gabe die Gewalt in die Hand zu legen, menschliches Leben auf der Erde auszulöschen.“

Doch auch diese letzte abscheuliche Entartung ist nicht mehr imstande, die gesetzmäßige Entwicklung, den Untergang des Imperialismus und den Sieg des Sozialismus aufzuhalten. Die

„kapitalistische Hülle“ ist bereits gesprengt. Unter Führung der großen Nachfolger und Vollender des Werkes von Marx und Engels, unter Führung von Lenin und Stalin, hat das russische Proletariat in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution seine historische Mission erfüllt und die Enteigner enteignet. Karl Marx hatte bereits von der Pariser Kommune gesagt: sie war „die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war“¹.

Aber erst der Sieg der Sowjetmacht offenbarte in vollem Ausmaß diese geschichtliche Rolle des Proletariats. Ausgerüstet mit den Lehren von Marx und Engels, genial weiterentwickelt von Lenin und Stalin, hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion es vermocht, das russische Proletariat zur höchsten gesellschaftlichen Initiative zu befähigen und ihm dabei die Anerkennung der Bauernschaft und der ehemals unterdrückten Nationalitäten zu sichern. Im Bündnis mit diesen Kräften hat die siegreiche russische Arbeiterklasse auf einem Sechstel der Erde im wahrsten und besten Sinne des Wortes die Welt verändert.

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, geführt von der marxistisch-leninistischen Partei, wurde aus dem rückständigen zaristischen Rußland die erste sozialistische Großmacht der Welt, ausgerüstet mit der modernsten Industrie, mit der modernsten Großlandwirtschaft, ein Land mit gewaltig aufblühender Wissenschaft, Kultur und Kunst, ein Nationalitätenstaat von beispielloser innerer Festigkeit und Geschlossenheit.

Die sozialistische Großmacht bestand im zweiten Weltkrieg die schwerste Belastungsprobe, der je ein Staat ausgesetzt war und ging aus ihm als der wahre Sieger hervor. Sie befreite die Völker Europas vom Joch des Faschismus, dieser terroristischen Herrschaft des reaktionärsten, chauvinistischsten und aggressivsten Monopolkapitals. Ihr Sieg über den japanischen Imperialismus befreite Korea und schuf die Voraussetzungen für den Triumph der chinesischen Volksrevolution über die innere Reaktion und den ausländischen, amerikanischen Imperialismus.

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, S. 496.

So entstand das einheitliche und mächtige Lager des Sozialismus, in dem unter Führung der Sowjetunion die Volksrepubliken Europas und Asiens stehen. Es umfaßt heute rund 800 Millionen Menschen, ein Drittel der gesamten Erdbevölkerung, auf einem Viertel des Erdballs. Die fortgeschrittenste, führende Macht dieses Lagers hat den Sozialismus bereits aufgebaut und vollzieht den allmählichen Übergang zum Kommunismus, jener „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, von der Marx voraus sagte, daß sie —

„nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen“¹

— auf ihre Fahnen schreiben wird: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ Genosse Stalin hat in seiner genialen Arbeit „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ den Weg gewiesen, der zur Verwirklichung dieses höchsten Ideals der Menschheit führt.

In der Sowjetunion haben die von Lenin und Stalin zum Marxismus-Leninismus weiterentwickelten Lehren von Marx und Engels ihre glänzendste geschichtliche Bestätigung gefunden. Von der Sowjetunion lernen alle Völker des sozialistischen Lagers, wie die Macht der Arbeiterklasse zu festigen und zu entwickeln, wie der Sozialismus aufzubauen ist. Ihre politischen und ökonomischen Erfahrungen, ihre technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, ihre direkte materielle Hilfe und nicht zuletzt ihre unbesiegbare Macht gestatten es den Völkern, in unvergleichlich raschem Tempo den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Für das Lager des Sozialismus ist heute im krassen Gegensatz zum imperialistischen Lager die Linie des ununterbrochenen Aufstiegs der Friedenswirtschaft kennzeichnend, die Genosse Malenkov auf dem XIX. Parteitag der KPdSU gezeigt hat, die ununterbrochen aufsteigende Linie einer Wirtschaft,

¹ Ebenda, Bd. II, S. 17.

„die keine Krisen kennt und sich im Interesse der Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft entwickelt“¹.

In diesem Lager steht auch unsere Deutsche Demokratische Republik. Sie verdankt ihre Existenz dem Siege der Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus und ihre erfolgreiche Entwicklung der uneigennütigen Hilfe des sozialistischen Sowjetstaates. In diesem Teile Deutschlands erfolgte die Überwindung der opportunistischen, sozialimperialistischen Entartung der Sozialdemokratischen Partei und ihre Vereinigung mit der Kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die revolutionär geeinte Arbeiterklasse vermochte — gestützt auf das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft, der Intelligenz und anderen Schichten der Werktätigen — die Macht in ihre Hände zu nehmen. Dank dieser Voraussetzungen entwickelten sich die politischen und ökonomischen Bedingungen und das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit, daß die II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in ihrem Beschluß den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik erklären und dem hinzufügen konnte:

„Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen.“²

Im Nachwort zur zweiten Auflage des ersten Bandes des „Kapitals“ wandte sich Marx mit beißendem Spott gegen seine Kritiker, die von ihm verlangten,

„Rezepte ... für die Garküche der Zukunft zu verschreiben“³.

Und dennoch, Karl Marx lehrte das Proletariat die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und die eigene sozialistische Zukunft zu erkennen, seine Lehre wurde zum mächtigen Hebel der

¹ G. M. Malenkow, „Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU(B) an den XIX. Parteitag“, S. 5.

² „Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, S. 492.

³ Karl Marx, „Das Kapital“, I. Bd., S. 15.

proletarischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Wie weit der revolutionäre Wissenschaftler Karl Marx in die Zukunft blickte, in wie hohem Maße er durch seinen Kampf als Lehrer, Organisator und Führer des Proletariats die Zukunft der menschlichen Gesellschaft selber gestaltete — das lehrt uns die gegenwärtige Weltlage, die Tatsache des Niederganges und Verfaulens des Kapitalismus im imperialistischen Lager und des siegreichen Aufstiegs der neuen Gesellschaftsordnung im sozialistischen Lager.

So ragt die mächtige Gestalt des Begründers des Marxismus in unsere Gegenwart, ist seine Lehre wie am ersten Tage eine Anleitung zum revolutionären Handeln, sowohl für die Unterdrückten und Ausgebeuteten, die in den imperialistischen und kolonialen Ländern den Kampf um ihre soziale und nationale Befreiung führen, wie auch für die befreiten Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die in den Volksrepubliken an den Grundlagen des Sozialismus bauen und in der Sowjetunion nach den großen Stalinschen Plänen dem Kommunismus zustreben. Die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk können mit Recht stolz darauf sein, daß dieser geniale Denker und glühende Revolutionär aus ihrem Vaterlande hervorgegangen, daß Karl Marx der größte Sohn der deutschen Nation ist.

„Einheit“, 8. Jahrgang, Sonderheft April 1953.

An die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik

Liebe Freunde und Genossen!

Aus vielen Telegrammen und Berichten habe ich mich in diesen Tagen über die Vorkommnisse in der Deutschen Demokratischen Republik informiert.

Ich danke allen für das vorbildliche Verhalten gegenüber dem faschistischen Putschversuch, der sich gegen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Regierung richtete. In diesen Tagen bin ich in Gedanken mit tiefster Teilnahme und inniger Verbundenheit bei allen Werktätigen und friedliebenden Menschen der Deutschen Demokratischen Republik. Provokateure und Agenten versuchten, eine unter den Werktätigen vorhandene Mißstimmung zu mißbrauchen, um einen hinterhältigen Schlag gegen die Einheit Deutschlands und den Frieden Europas zu führen. Das ist nicht gelungen.

Dank der Standhaftigkeit der Mehrheit der Werktätigen und dank der Hilfe unserer sowjetischen Freunde ist der Brandfunke des Krieges, der von ausländischen Kriegstreibern und ihren westdeutschen großkapitalistischen Helfershelfern in die Deutsche Demokratische Republik geschleudert wurde, schnell und energisch ausgetreten worden. Mein Dank gilt allen, die sich dabei heldenmütig und unerschrocken beteiligt und ihre große nationale Verantwortung gegenüber dem ganzen Volk und unserem Vaterlande gezeigt haben.

Die von der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Beseitigung begangener Fehler am 9. Juni vorgeschlagenen Maßnahmen, die erneut bekundeten, daß die Interessen des werktätigen Volkes von unserer Partei gewahrt werden, sind vorher durch Vertreter des Politbüros mit mir beraten und von mir gebilligt worden. Sie haben eine neue Etappe in der

Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik eingeleitet, in deren Verlauf der Lebensstandard aller Schichten der Bevölkerung gehoben, unsere demokratische Staatsmacht gefestigt und tief mit der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung verwurzelt wird.

Es kommt jetzt allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum Trotz darauf an, daß die gesamte Bevölkerung sich eng um unsere Regierung zusammenschließt, den neuen Kurs der Regierung und Partei mit aller Kraft und mit vollem Vertrauen durchführt und damit zugleich den Kriegsprovokateuren aller Art auf deutschem Boden für immer ein Ende bereitet. Damit dienen wir am besten der friedlichen Verständigung der Deutschen untereinander, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dem Frieden.

In der festen Überzeugung, daß die gesamte Bevölkerung ihre ganze Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzt, sende ich allen meine herzlichsten Grüße.

gez.: W. Pieck

„Neues Deutschland“ vom 28. Juni 1953.

Zum 60. Geburtstag des Genossen Walter Ulbricht

Als am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet wurde, erkannten die deutsche Kriegspartei, die Monopolherren und Kanonenkönige, das Junkertum und die preußische Militärkamarilla, daß ihr durch den Zusammenschluß der besten Kräfte der deutschen Sozialdemokratie zu einer revolutionären marxistischen Partei ihr ärgster Gegner, ihr Todfeind erstand. Bereits das Hohenzollernreich hatte die Führer der Linken in der Sozialdemokratie, vor allem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, mit wütendem Haß verfolgt. Nach der Novemberrevolution trachteten alle reaktionären Kräfte die entschiedenste Führung der ansteigenden revolutionären Bewegung der Massen zu zerschlagen und in Blut zu ertränken. Die Massen sollten ihrer treibenden und führenden Kraft beraubt werden. Lüge und Verleumdung, Lockspitzelei und Provokation, Meuchelmord und Massenschlächtereien — kein Mittel war der imperialistischen Reaktion und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern zu gemein, um Spartakus, um die eben gegründete KPD zu vernichten oder wenigstens zu enthaupten. Selten hat eine Partei — eben im Begriff, ihre ersten Schritte im politischen Leben zu tun — derartige Verluste durch Terror und Mord erlitten wie die KPD. Nicht nur, daß ihr führender Kern, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, dem direkten Mord zum Opfer fiel, und der Tod des greisen Franz Mehring durch die Folgen der Kriegshaft und den Schmerz über den Verlust seiner Kampfgefährten herbeigeführt wurde, in den revolutionären Kämpfen des Jahres 1919 fielen Hunderte der besten und erfahrensten Arbeiterfunktionäre der KPD dem weißen Terror der Noske-Garden zum Opfer. Es zeugt von der unzerstörbaren Lebenskraft der revolutionären Arbeiterbewegung, daß die KPD trotz dieser Verluste nicht nur nicht zugrunde ging, son-

dern sich zur führenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse entwickelte.

Doch die ungeheuer blutigen und verheerenden Verluste, die die KPD in den ersten Monaten und Jahren ihrer Existenz erlitt, offenbarten zugleich ihre aus geschichtlichen Versäumnissen resultierende Schwäche. Zu spät, viel zu spät war in Deutschland die Trennung von den Reformisten und die Konstituierung der Linken zu einer selbständigen, revolutionären marxistischen Partei des Proletariats erfolgt. Trotz ihrer großen Verdienste im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, gegen Reaktion und Militarismus, gegen Reformismus und opportunistischen Verrat hatten sich die führenden Köpfe der Linken eben doch nicht zum Leninismus, dem Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, durchzuringen und alle Konsequenzen, einschließlich des offenen Bruchs mit den Reformisten und Zentristen, zu ziehen vermocht. Die Überwindung dieser Fehler begann erst unter dem Einfluß der siegreichen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und mit der Gründung der KPD. Jetzt aber mußte die Überwindung alter Unterlassungen und Fehler in einem Zeitabschnitt erfolgen, als die Partei der revolutionären Marxisten durch den Gang der Geschichte, durch den Zusammenbruch des Hohenzollernreiches und die Novemberrevolution bereits berufen war, an der Spitze der Arbeiter und Bauern die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und für ihr Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Bei den noch vorherrschenden falschen Auffassungen über die Rolle und Aufgaben der marxistischen Partei, bei der teilweisen Ablehnung des prinzipiellen Kampfes, den die Bolschewiki unter Lenins und Stalins Führung gegen alle Spielarten des Menschewismus führten, und der völlig ungenügenden Kenntnis des ganzen Reichtums der Erfahrungen der drei russischen Revolutionen konnte es nicht ausbleiben, daß die KPD — obwohl sie tapfer und kühn als Vorhut des Proletariats einen aufopferungsvollen Kampf führte — in der revolutionären Nachkriegskrise der Jahre 1918 bis 1923 Fehler beging und die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung der Partei sich recht langwierig und schwierig gestaltete.

Die imperialistischen und reformistischen Feinde des Proletariats haben über die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD gehöhnt und frohlockt. Sie alle erkannten nicht oder wollten nicht erkennen, daß eine revolutionäre Partei erstarkt, indem sie sich vom Opportunismus reinigt, daß sie aus der kritischen Überwindung von Schwächen und Fehlern die Kraft zu neuem Wachstum und zu neuen Kämpfen schöpft. In der KPD war das zugleich ein Prozeß der Reinigung von sozialdemokratischen Überresten, die ihr noch anhafteten, und der Überwindung der luxemburgistischen Fehler, ein Prozeß der Herausbildung einer neuen, einer marxistisch-leninistischen Führung, ohne die die Partei des Proletariats unfähig ist, ihre geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen.

Stalin betrachtete die Herausbildung einer solchen Führung als eine der notwendigen Bedingungen für die Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. In den zwölf Bedingungen für die Bolschewisierung der KPD schrieb er im Februar 1925:

„Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.“¹

Das große Verdienst unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann bestand gerade darin, daß er in ununterbrochenem politischem und ideologischem Kampf um die richtige Linie der Partei eben eine solche marxistisch-leninistische Führung der KPD schmiedete. Unter Ernst Thälmanns Führung wurden die rechten und „ultralinken“ Opportunisten in der KPD geschlagen und schließlich aus ihren Reihen entfernt. Man kann es nicht als Zufall betrachten, daß mit der Lösung dieser Aufgaben sich die KPD zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte, die es immer erfolgreicher verstand, gewaltige Massen der Werktätigen in große politische und soziale Kämpfe (Volksentscheid gegen die

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, S. 33/34.

dern sich zur führenden Kraft der deutschen Arbeiterklasse entwickelte.

Doch die ungeheuer blutigen und verheerenden Verluste, die die KPD in den ersten Monaten und Jahren ihrer Existenz erlitt, offenbarten zugleich ihre aus geschichtlichen Versäumnissen resultierende Schwäche. Zu spät, viel zu spät war in Deutschland die Trennung von den Reformisten und die Konstituierung der Linken zu einer selbständigen, revolutionären marxistischen Partei des Proletariats erfolgt. Trotz ihrer großen Verdienste im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, gegen Reaktion und Militarismus, gegen Reformismus und opportunistischen Verrat hatten sich die führenden Köpfe der Linken eben doch nicht zum Leninismus, dem Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen, durchzuringen und alle Konsequenzen, einschließlich des offenen Bruchs mit den Reformisten und Zentristen, zu ziehen vermocht. Die Überwindung dieser Fehler begann erst unter dem Einfluß der siegreichen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und mit der Gründung der KPD. Jetzt aber mußte die Überwindung alter Unterlassungen und Fehler in einem Zeitabschnitt erfolgen, als die Partei der revolutionären Marxisten durch den Gang der Geschichte, durch den Zusammenbruch des Hohenzollernreiches und die Novemberrevolution bereits berufen war, an der Spitze der Arbeiter und Bauern die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und für ihr Hinüberwachsen in die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Bei den noch vorherrschenden falschen Auffassungen über die Rolle und Aufgaben der marxistischen Partei, bei der teilweisen Ablehnung des prinzipiellen Kampfes, den die Bolschewiki unter Lenins und Stalins Führung gegen alle Spielarten des Menschewismus führten, und der völlig ungenügenden Kenntnis des ganzen Reichtums der Erfahrungen der drei russischen Revolutionen konnte es nicht ausbleiben, daß die KPD — obwohl sie tapfer und kühn als Vorhut des Proletariats einen aufopferungsvollen Kampf führte — in der revolutionären Nachkriegskrise der Jahre 1918 bis 1923 Fehler beging und die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung der Partei sich recht langwierig und schwierig gestaltete.

Die imperialistischen und reformistischen Feinde des Proletariats haben über die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD gehöhnt und frohlockt. Sie alle erkannten nicht oder wollten nicht erkennen, daß eine revolutionäre Partei erstarkt, indem sie sich vom Opportunismus reinigt, daß sie aus der kritischen Überwindung von Schwächen und Fehlern die Kraft zu neuem Wachstum und zu neuen Kämpfen schöpft. In der KPD war das zugleich ein Prozeß der Reinigung von sozialdemokratischen Überresten, die ihr noch anhafteten, und der Überwindung der luxemburgistischen Fehler, ein Prozeß der Herausbildung einer neuen, einer marxistisch-leninistischen Führung, ohne die die Partei des Proletariats unfähig ist, ihre geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen.

Stalin betrachtete die Herausbildung einer solchen Führung als eine der notwendigen Bedingungen für die Entwicklung der KPD zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. In den zwölf Bedingungen für die Bolschewisierung der KPD schrieb er im Februar 1925:

„Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhaftige Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.“¹

Das große Verdienst unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann bestand gerade darin, daß er in ununterbrochenem politischem und ideologischem Kampf um die richtige Linie der Partei eben eine solche marxistisch-leninistische Führung der KPD schmiedete. Unter Ernst Thälmanns Führung wurden die rechten und „ultralinken“ Opportunisten in der KPD geschlagen und schließlich aus ihren Reihen entfernt. Man kann es nicht als Zufall betrachten, daß mit der Lösung dieser Aufgaben sich die KPD zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte, die es immer erfolgreicher verstand, gewaltige Massen der Werktätigen in große politische und soziale Kämpfe (Volksentscheid gegen die

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 7, S. 33/34.

Fürstenabfindung, Massenstreiks der Metall-, Berg-, Chemie- und Verkehrsarbeiter) zu führen, die immer erfolgreicher den Verrat der rechten Führer der SPD und des ADGB entlarvte und Zugang zu den Massen der sozialdemokratischen Anhänger und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fand. Die KPD konnte diese Entwicklung nehmen, weil das Thälmannsche Zentralkomitee eben jene von Stalin geforderte „grundlegende führende Gruppe“ aus den „besten Elementen der fortschrittlichen Kämpfer“, aus „wahrhaften Vertretern der Bestrebungen des revolutionären Proletariats“ war. Kein anderer als Stalin gab der Thälmannschen Führung der KPD im März 1926 die hohe und ehrende Einschätzung:

„Das jetzige ZK der deutschen Kommunistischen Partei ist nicht durch Zufall zustande gekommen. Es wurde im Kampf gegen die rechten Fehler geboren. Es erstarkte im Kampf gegen die ‚ultralinken‘ Fehler. Daher ist es weder ein rechtes noch ein ‚ultralinkes‘ ZK. Es ist ein leninistisches ZK. Dies ist gerade die führende Arbeitergruppe, die die deutsche Kommunistische Partei jetzt braucht.“¹

Einer der hervorragendsten und maßgeblichsten Mitkämpfer Ernst Thälmanns in diesem Zentralkomitee war Genosse Walter Ulbricht, dessen 60. Geburtstag die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands am 30. Juni dieses Jahres feiert. Als Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist Genosse Walter Ulbricht ein treuer Wahrer des großen politischen Erbes Ernst Thälmanns, dessen kämpferische Traditionen er fortführt, in dessen Geist er heute in der Führung unserer Partei und in der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als marxistisch-leninistischer Arbeiterführer und unerschütterlich treuer Freund der großen Sozialistischen Sowjetunion wirkt.

Walter Ulbricht wurzelt seiner Herkunft und seinem politischen Werdegang nach in den besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Als 15jähriger Tischlerlehrling trat er im Jahre 1908 der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und nahm

¹ Ebenda, Bd. 8, S. 98.

aktiv an ihrer politischen Arbeit teil. Bereits 1910 wurde er Mitglied des Jugendausschusses beim Arbeiterbildungsinstitut in Leipzig. In Kursen und auf der Leipziger Parteischule sowie im Selbststudium eignete er sich die grundlegenden Erkenntnisse des Marxismus an. Die marxistische Erkenntnis und das eigene Erleben im Beruf und auf der Wanderschaft durch Österreich, Italien, Schweiz, Westdeutschland, Belgien und Holland machen den klassenbewußten Proletarier zum Anhänger der Linken in der SPD. Als aktiver Parteifunktionär nimmt er im August 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der SPD Stellung und wird Mitglied der Leipziger Karl-Liebknecht-Gruppe, für die er die flammenden Aufrufe Karl Liebknechts gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Verrat der Sozialimperialisten vervielfältigt und vertreibt. Auch im grauen Rock des preußisch-deutschen Militärs, zu dem er 1915 eingezogen wird, führt er den Kampf gegen den Krieg fort und verbreitet Flugblätter des Spartakusbundes in der Truppe.

Als schließlich das Hohenzollernreich unter den Niederlagen an der Front und den Schwierigkeiten im Innern zusammenbrach, als das vom Krieg gepeinigte Volk sich endlich gegen die kaiserliche Regierung erhob, versuchte Walter Ulbricht als Mitarbeiter der Aufklärungsabteilung des Arbeiter- und Soldatenrats die Massen der Soldaten und Arbeiter für die Beseitigung der Wurzeln des imperialistischen Krieges, für die Brechung der Herrschaft der Monopole und Rüstungsinteressenten, der Junker und Militaristen zu mobilisieren. Schon damals erkannte Walter Ulbricht, daß es mit der Beendigung des Krieges und der Abdankung Wilhelms II. allein nicht getan ist. Es war vielmehr notwendig, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, die Kriegsgewinnler, die Finanz- und Monopolherren zu enteignen, die Junker und Militaristen zu entmachten und den reaktionären monarchistischen Staatsapparat zu zerschlagen. Den Kampf für die Lösung dieser Aufgaben, durch den allein die bürgerlich-demokratische Revolution zur vollen Entfaltung kommen und in die sozialistische Revolution hinüberwachsen konnte, führte mit aller Konsequenz nur der Spartakusbund und die aus ihm hervorgehende KPD. Als Mitglied des Spartakusbundes, dem er 1918 beigetreten

war, wurde Walter Ulbricht Mitbegründer der KPD in Leipzig und Westsachsen.

Die Januar- und Märzkämpfe in Berlin, die Münchener Räterepublik, die Kämpfe an der Wasserkante und im übrigen Reich hatten im Laufe des Jahres 1919 nicht nur den abgrundtiefen Verrat der Ebert, Scheidemann und Noske an der Revolution entlarvt, sie hatten auch die zentristischen Führer der USPD, die Haase, Kautsky und Breitscheid mit ihrer jämmerlichen Furcht vor entschiedenen revolutionären Massenkämpfen als Helfershelfer der Noskiden gezeigt. Unter den Massen der Arbeiteranhänger der USPD machte sich angesichts dessen ein starker Drang nach links bemerkbar, der sich im Verlangen nach dem Anschluß an die Kommunistische Internationale ausdrückte. An der Spitze dieser nach links drängenden revolutionären Arbeiter standen so hervorragende Führer wie Ernst Thälmann, der die große Hamburger Parteiorganisation der USPD fast geschlossen zur Vereinigung mit der KPD führte.

Walter Ulbricht nahm zu dieser Zeit als Mitglied der Bezirksleitung Mitteldeutschland der KPD an den Vereinigungsverhandlungen zwischen der KPD und der USPD teil, die für Mitteldeutschland in Halle stattfanden. Der erfolgreiche Abschluß des Kampfes um die Gewinnung der Mehrheit der Anhänger der USPD für den Anschluß an die Kommunistische Internationale machte die Vereinigte Kommunistische Partei mit einem Schlage zur Massenpartei, zur stärksten Kommunistischen Partei der kapitalistischen Länder. Nach der Vereinigung wurde Walter Ulbricht Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen und im Mai 1921 Bezirksleiter der VKPD Großthuringens. Auf dem VIII. Parteitag der KPD im Januar 1923 wird er, knapp 30 Jahre alt, zum Mitglied und Sekretär des Zentralkomitees gewählt, dem er seither ununterbrochen angehört.

Überblickt man die Arbeit und den revolutionären Kampf Walter Ulbrichts, so treten einige Züge besonders hervor, die ihn als marxistisch-leninistischen Führer auszeichnen. Dazu gehört vor allem seine tiefe Liebe zur Sowjetunion, dem ersten Land des siegreichen Sozialismus, und sein unbegrenztes Vertrauen

zur bolschewistischen Partei und ihren genialen Führern Lenin und Stalin sowie sein unablässiges Bemühen, den Marxismus-Leninismus zu meistern und diese Lehre des Sieges den deutschen Arbeitern zu vermitteln. Walter Ulbricht war das große Glück beschieden, im Anschluß an den IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922), an dem er als Delegierter teilnahm, mit dem Genius des russischen und internationalen Proletariats, mit Wladimir Iljitsch Lenin, persönlich zusammenzutreffen. Im Jahre 1926 hörte er dann zum ersten Male dessen genialen Schüler und Kampfgefährten, Josef Wissarionowitsch Stalin, der ihm in schweren wie in guten Tagen der deutschen Arbeiterbewegung ein stets hilfsbereiter Lehrer und Führer war.

Früher als viele andere erkannte Walter Ulbricht die zwingende Notwendigkeit, die unerschöpflichen revolutionären Erfahrungen der Partei Lenins und Stalins möglichst allseitig der KPD zu vermitteln. Davon zeugt die Arbeit, die er bereits in den Jahren 1922/1923 zur Durchsetzung der bolschewistischen Organisationsprinzipien in der KPD leistete. Es ging dabei vor allem um die feste Verwurzelung der Partei in den Betrieben, um die Durchsetzung der Betriebszellen als der organisierten Grundlage der Partei, wobei dieses bolschewistische Organisationsprinzip auf den hartnäckigen, bald offenen, bald versteckten Widerstand der rechten Opportunisten ebenso wie der „ultralinken“ Schrehälse stieß. Der Kampf um den Aufbau der Betriebszellen war eng verbunden mit dem Kampf um eine bolschewistische Arbeitsdisziplin in der Partei, die durch Arbeitszuteilung an jedes Parteimitglied und die strengste Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse gekennzeichnet ist. Dazu gehört die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, eine offene, sachliche und kameradschaftliche Kritik und Selbstkritik als Grundprinzip des demokratischen Zentralismus der marxistisch-leninistischen Partei. Die Mitarbeit der Mitgliedschaft bei der Bestimmung der richtigen Linie der Partei betrachtete Genosse Ulbricht als das wichtigste Mittel, alle Parteimitglieder an der Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu interessieren und ihre Aktivität zu entfalten. Die ganze Art der Behandlung dieser Fragen durch Genossen Ulbricht war weit entfernt von jeder Form eines Organi-

sations-Schematismus, sie hatte vielmehr zum Ziel, die Kampf- und Schlagkraft der Partei zu erhöhen.

„Zur ersten Vorbereitung der Arbeiterkämpfe“, schrieb er im Juni 1924, „gilt es, besonders auf Grund der russischen Erfahrungen, die Fragen der Organisationsstrategie zu erörtern.“¹

Mit gleichem Nachdruck forderte Genosse Ulbricht auf dem Essener Parteitag der KPD im März 1927 die Aneignung und Propagierung des Marxismus-Leninismus durch die Verbesserung und Verstärkung der propagandistischen Arbeit, durch die Schaffung eines Netzes von Parteischulen und Kursen sowie durch die Organisierung einer breiten Massenagitation. Auf Vorschlag des Genossen Ulbricht beschloß der Essener Parteitag, daß die Herausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache mit aller Energie in Angriff zu nehmen ist.

Die Liebe zur Sowjetunion als der unbesiegbaren, führenden Kraft des Weltfriedenslagers, das unbedingte Vertrauen zur Lenin-Stalinschen Stoßbrigade des Weltproletariats, der KPdSU, ist dem Genossen Ulbricht in seinem gesamten Wirken eigen geblieben. Das zeigte sich mit besonderer Kraft, als nach der Vereinigung der KPD mit der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sich die Aufgabe ergab, die vereinigte Partei mit dem Marxismus-Leninismus zu durchdringen und die gesamte Bevölkerung unserer Republik zur Freundschaft mit der Sowjetunion zu erziehen, deren ruhmreiche Armee den Hitlerfaschismus zerschlagen und dem deutschen Volke die Befreiung von der nazistischen Tyrannei gebracht hat. Von diesem Geiste des Vertrauens zur Partei Lenins und Stalins und der tiefen Freundschaft zur Sowjetunion sind alle Reden Walter Ulbrichts auf den Parteitagen und Parteikonferenzen, auf den Tagungen des Zentralkomitees unserer Partei und bei vielen anderen Gelegenheiten erfüllt. Besondere Bedeutung für die Entwicklung unserer Partei hatte Walter Ulbrichts Rede auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED am 15. September 1948. An Hand der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Entartung der Tito-Clique in Jugosla-

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, P. Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 168.

wien zeigte er, welche Aufgaben auf dem Wege zu einer Partei von neuem Typus von unserer Partei zu lösen sind. Er forderte einen entschiedenen Kampf gegen nationalistische Abweichungen in der Partei und nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung, eine umfassende, systematische Aufklärungsarbeit über die große Sozialistische Sowjetunion und ein gründliches Studium der Geschichte der KPdSU(B). Scharf setzte er sich mit der schädlichen Theorie von einem „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus auseinander, die letzten Endes einer Ablehnung des Marxismus-Leninismus gleichkommt. Er wandte sich gegen das Geschwätz von einem Nachlassen des Klassenkampfes unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zeigte, wie die inneren und äußeren Feinde unserer Republik den Klassenkampf verschärfen. Unter diesen Bedingungen war es notwendig, die führende Rolle der Partei entscheidend zu verstärken, das ideologische Niveau der Partei durch verbesserte Schulungsarbeit systematisch zu heben und Kritik und Selbstkritik als Entwicklungsgesetz der Partei breit zu entfalten. Dank der Beschlüsse dieser Tagung des Parteivorstandes machte die Partei in ihrer Entwicklung zu einer Partei von neuem Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, große Fortschritte.

Genosse Ulbricht ist in seiner ganzen Arbeit, in seinen wissenschaftlichen Leistungen wie im politischen Kampf, als Parteiführer wie als Staatsmann, selber ein großes Vorbild dafür, wie die von ihm geprägte und propagierte Losung „Von den Bolschewiki lernen heißt siegen lernen“ zu verwirklichen ist.

Ein weiterer hervorragender Zug im Leben und Wirken Walter Ulbrichts ist seine unversöhnliche Feindschaft und sein konsequenter Kampf gegen das kriegslüsterne deutsche Monopolkapital und das militaristische Junkertum. Darin ist er ein würdiger, entschlossener und konsequenter Führer des großen Kampfes der Partei gegen die alten deutschen Sozialdemokratie unter Führung Kautskys, die die Interessen der Arbeiterklasse in Hamburg, deren stärkste Ebene der imperialistische, kriegspropagandistische Kampf gegen den imperialistischen Weltkrieg, gegen die imperialistische Monopolkapitalistische Weltmacht USA und gegen den Militarismus in Deutschland. Indem Walter

sations-Schematismus, sie hatte vielmehr zum Ziel, die Kampf- und Schlagkraft der Partei zu erhöhen.

„Zur ernstesten Vorbereitung der Arbeiterkämpfe“, schrieb er im Juni 1924, „gilt es, besonders auf Grund der russischen Erfahrungen, die Fragen der Organisationsstrategie zu erörtern.“¹

Mit gleichem Nachdruck forderte Genosse Ulbricht auf dem Essener Parteitag der KPD im März 1927 die Aneignung und Propagierung des Marxismus-Leninismus durch die Verbesserung und Verstärkung der propagandistischen Arbeit, durch die Schaffung eines Netzes von Parteischulen und Kursen sowie durch die Organisation einer breiten Massenagitation. Auf Vorschlag des Genossen Ulbricht beschloß der Essener Parteitag, daß die Herausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache mit aller Energie in Angriff zu nehmen ist.

Die Liebe zur Sowjetunion als der unbesiegbaren, führenden Kraft des Weltfriedenslagers, das unbedingte Vertrauen zur Lenin-Stalinschen Stoßbrigade des Weltproletariats, der KPdSU, ist dem Genossen Ulbricht in seinem gesamten Wirken eigen geblieben. Das zeigte sich mit besonderer Kraft, als nach der Vereinigung der KPD mit der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sich die Aufgabe ergab, die vereinigte Partei mit dem Marxismus-Leninismus zu durchdringen und die gesamte Bevölkerung unserer Republik zur Freundschaft mit der Sowjetunion zu erziehen, deren ruhmreiche Armee den Hitlerfaschismus zerschlagen und dem deutschen Volke die Befreiung von der nazistischen Tyrannei gebracht hat. Von diesem Geiste des Vertrauens zur Partei Lenins und Stalins und der tiefen Freundschaft zur Sowjetunion sind alle Reden Walter Ulbrichts auf den Parteitagen und Parteikonferenzen, auf den Tagungen des Zentralkomitees unserer Partei und bei vielen anderen Gelegenheiten erfüllt. Besondere Bedeutung für die Entwicklung unserer Partei hatte Walter Ulbrichts Rede auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED am 15. September 1948. An Hand der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien über die Entartung der Tito-Clique in Jugosla-

¹ Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 168.

wien zeigte er, welche Aufgaben auf dem Wege zu einer Partei von neuem Typus von unserer Partei zu lösen sind. Er forderte einen entschiedenen Kampf gegen nationalistische Abweichungen in der Partei und nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung, eine umfassende, systematische Aufklärungsarbeit über die große Sozialistische Sowjetunion und ein gründliches Studium der Geschichte der KPdSU(B). Scharf setzte er sich mit der schädlichen Theorie von einem „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus auseinander, die letzten Endes einer Ablehnung des Marxismus-Leninismus gleichkommt. Er wandte sich gegen das Geschwätz von einem Nachlassen des Klassenkampfes unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zeigte, wie die inneren und äußeren Feinde unserer Republik den Klassenkampf verschärfen. Unter diesen Bedingungen war es notwendig, die führende Rolle der Partei entscheidend zu verstärken, das ideologische Niveau der Partei durch verbesserte Schulungsarbeit systematisch zu heben und Kritik und Selbstkritik als Entwicklungsgesetz der Partei breit zu entfalten. Dank der Beschlüsse dieser Tagung des Parteivorstandes machte die Partei in ihrer Entwicklung zu einer Partei von neuem Typus, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, große Fortschritte.

Genosse Ulbricht ist in seiner ganzen Arbeit, in seinen wissenschaftlichen Leistungen wie im politischen Kampf, als Parteiführer wie als Staatsmann, selber ein großes Vorbild dafür, wie die von ihm geprägte und propagierte Losung „Von den Bolschewiki lernen heißt siegen lernen“ zu verwirklichen ist.

Ein weiterer hervorstechender Zug im Leben und Wirken Walter Ulbrichts ist seine unversöhnliche Feindschaft und sein konsequenter Kampf gegen das kriegslüsterne deutsche Monopolkapital und das militaristische Junkertum. Darin ist er ein würdiger Erbe und konsequenter Fortführer des großen Kampfes der Linken in der alten deutschen Sozialdemokratie unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, deren stärkste Seite eben der leidenschaftliche und kompromißlose Kampf gegen Imperialismus und Krieg, gegen monopolkapitalistische Reaktion und säbelrasselnden Militarismus war. Indem Walter

Ulbricht als kommunistischer Abgeordneter des Sächsischen Landtages und des Reichstages sowie als Gewerkschafter den Hauptstoß gegen das reaktionäre und eroberungssüchtige deutsche Monopolkapital richtete, entlarvte er zugleich dessen politische Agenturen, einerseits den jämmerlichen Schwindel von der Wirtschaftsdemokratie, der von den rechten koalitionswütigen SPD- und ADGB-Führern gepredigt wurde, und andererseits die nationale und soziale Demagogie, mit der die Nazis die Volksmassen betörten und in den blutigen Abgrund des zweiten Weltkrieges rissen.

Die Reden und Artikel, in denen Walter Ulbricht der Partei die Thälmannsche Politik der Entfaltung des Massenkampfes gegen die Diktatur des Monopolkapitals erläuterte, zeichneten sich ebenso wie seine an die Massen des werktätigen Volkes gerichteten Parlamentsreden, Artikel und Broschüren durch eine Fülle konkreten Tatsachenmaterials und durch eine wissenschaftlich geführte, überzeugende Argumentation aus. An Hand der Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates sowie statistischer Angaben und Stellungnahmen maßgeblicher bürgerlicher Ökonomen, Politiker und Zeitungen wies er nach, wie das Monopolkapital erstarkte, sich an der Not der Massen maßlos bereicherte und die tatsächliche Macht in der Weimarer Republik ausübte. Mit diesem Nachweis zerschlug er die Pseudotheorien der rechten SPD- und ADGB-Führer, die behaupteten, daß „die Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterklasse an der Leitung des demokratischen Staates identisch mit der Beteiligung an der demokratischen Leitung der Wirtschaft“ wäre. Die Beweisführung, mit der Genosse Ulbricht das reformistische Gerede widerlegte, als könnten unter den Bedingungen der Herrschaft des Monopolkapitals die Arbeiter durch „verstärkte Mitwirkung der Betriebsräte im Betrieb, in den Aufsichtsräten und durch Schaffung von Kontrollämtern in der Leitung der Wirtschaft mitwirken“, ist noch heute gegenüber ähnlichen wirtschafts-demokratischen Illusionen, mit denen die Arbeiter in Westdeutschland vom Kampf abgehalten werden sollen, von höchst aktueller Bedeutung. Doch ließ es Walter Ulbricht mit der marxistisch-wissenschaftlichen Widerlegung dieser reformistischen Pseudotheorien nicht bewenden, sondern entwickelte stets auch ein konkretes Programm des



Präsident Wilhelm Pieck während seines Kuraufenthaltes im Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Hermann Matern, und dem Mitglied des ZK der SED, Otto Winzer

Kampfes um die wirklichen Interessen der Arbeiter, zeigte die tatsächlichen Aufgaben der Gewerkschaften und wies die Mittel und Wege zur Mobilisierung der Massen.

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 und ihrer besonders rapiden und verheerenden Entwicklung in der Weimarer Republik orientierte sich das deutsche Monopolkapital auf die finanzielle und staatliche Förderung der Nazis, die mit ihrer nationalistischen Demagogie helfen sollten, die aggressive Politik des deutschen Imperialismus nach außen zu forcieren, und die mit sozialer Demagogie und blutigem Terror die ansteigende Kampfkraft der revolutionären Arbeiterbewegung untergraben und brechen sollten. Das waren dieselben Monopol- und Rüstungsherren, von denen Walter Ulbricht 1928 gesagt hatte:

„Die Patentpatrioten, die wahren ‚Vertreter der nationalen Interessen‘ der Hindenburgrepublik, flehen den Reparationsagenten zur Unterstützung der Auspressung der deutschen Arbeiter im Interesse der Reparationszahlungen an die amerikanische, englische und französische Bourgeoisie um Hilfe an.“¹

Diese Patentpatrioten, die wir heute auf den ausschlaggebenden Staats- und Wirtschaftsposten der Bonner Bundesrepublik wiederfinden, finanzierten nun mit den aus dem Schweiß und der Not der Arbeiter gemünzten Millionen die Hitler-Partei. Walter Ulbricht zeigte den Massen bereits damals, daß das von den Nazis erstrebte „dritte Reich“ nichts anderes sein wird

„als ein Deckname für die faschistische Diktatur des Finanzkapitals“².

Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, die Naziführer als Lakaien der Truste und Konzerne zu entlarven. Von den Kommunisten und allen Antifaschisten forderte er, die von den Nazis irreführten Massen nicht sich selbst zu überlassen, sondern in deren Reihen eine systematische Aufklärungsarbeit zu entfalten.

Mit seinem Auftreten in mehreren Nazikundgebungen in Berlin gab er ein ausgezeichnetes Beispiel, wie die Nazidemagogie mutig und überzeugend zu entlarven ist.

¹ Ebenda, S. 305.

² Ebenda, S. 517.

Die Entlarvung des verlogenen, „antikapitalistischen“ Programms der Nazis war jedoch nur eine Seite des Kampfes gegen die ansteigende faschistische Gefahr. Der Sieg des Faschismus hätte nur durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die die breitesten Massen der Werktätigen, der Bauern und des Mittelstandes mit sich reißt, verhindert werden können. Darum bemühte sich die KPD nach den Weisungen Ernst Thälmanns, die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter im Kampf gegen die Brüning-sche Notverordnungspolitik, die alle Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzte, und gegen die zunehmende Gefahr des Faschismus herzustellen. Als Leiter des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD leistete Genosse Ulbricht eine große und erfolgreiche Arbeit zur Entfaltung der Massenkämpfe. Davon zeugten die großen Massenstreiks der Bau- und Metallarbeiter im Jahre 1930, die Entwicklung der Erwerbslosenbewegung und schließlich der Verkehrsarbeiterstreik im Herbst 1932, der besonders sichtbar werden ließ, wie rasch die Kraft der unter Führung der KPD stehenden antifaschistischen Volksbewegung anwuchs. Die Antifaschistische Aktion, für deren Organisierung sich Genosse Walter Ulbricht mit der ganzen ihm eigenen motorischen Kraft einsetzte, führte sowohl in einzelnen Stadtteilen Berlins wie vor allem in den Provinzstädten Brandenburgs zur Annäherung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und zur Herstellung der Einheitsfront von Organisationen beider Parteien und des ADGB, die im gemeinsamen Kampf den Terror der Faschisten abwehrten.

Im Namen der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg wandte sich Walter Ulbricht am 16. Juni 1932 an die Bezirksleitung der SPD, den Ortsausschuß des ADGB, die Gauleitung des Reichsbanners und andere Organisationen mit einem Einheitsfrontangebot zur gemeinsamen Massendemonstration unter den Losungen „Nieder mit der faschistischen Reaktion! Fort mit der Papen-Regierung! Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!“ Als rund einen Monat später, am 20. Juli, die Papen-Regierung durch einen Staatsstreich die preußische Braun-Severing-Regierung davonjagte, machte das Thälmannsche Zentralkomitee ein allgemeines Einheitsfrontangebot zum Kampf

gegen die faschistische Reaktion. Dieses Einheitsfrontangebot wurde am 30. Januar 1933, als die Verschwörung des Monopolkapitals Hitler zur Macht gebracht hatte, wiederholt. Es ist die untilgbare Schuld der sozialdemokratischen Führer, daß sie alle diese Mahnungen in den Wind geschlagen, die Einheitsfrontangebote der KPD abgelehnt und die kampfgewillten Massen der Arbeiter mit betrügerischen Manövern vom gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Reaktion abgehalten haben. Das war einer der Hauptgründe, warum der Faschismus in Deutschland siegen konnte.

Unter der blutigen Hitlerdiktatur führte Walter Ulbricht als Illegaler unerschrocken den Kampf weiter, bis er von der Parteiführung ins Ausland gerufen wurde und die Funktion eines Sekretärs des Politbüros der KPD übernahm. Hatte er bereits in der Weimarer Republik die Volksmassen gewarnt, daß Hitlers Herrschaft Krieg bedeutet, so führte er nach der Machtergreifung des Faschismus den Kampf gegen die imperialistischen Treibereien zum zweiten Weltkrieg mit verstärkter Energie weiter. Er entlarvte das Friedensgerede der faschistischen Führer und deckte ihre Aggressionspläne hinsichtlich des Memelgebietes, des „Anschlusses“ Österreichs, der Eroberung Elsaß-Lothringens und anderer Gebiete der Nachbarstaaten Deutschlands auf. Dabei enthüllte er die Raubinteressen des deutschen Monopolkapitals, das die Politik der Nazis dirigierte. Anfang 1936 schrieb er in dem illegalen theoretischen Organ der KPD „Die Internationale“:

„Haben die Rüstungs- und Eroberungsinteressen der Krupp und Thyssen, der Vögler und Schacht, der Trustherren und Giftgaskönige etwas mit dem nationalen Interesse zu tun? Nein! Ebenso, wie die Interessen der Krupp und Stinnes, der Junker und Generäle der Vorkriegszeit gegen den Willen der Volksmassen zum Krieg trieben, so auch heute. Es ist das größte nationale Unglück Deutschlands, daß es von den großenwahnsinnigen Hitler, Göring, Goebbels und einer kleinen Gruppe Großkapitalisten beherrscht wird . . .

Es entspricht dem höchsten nationalen Interesse des deutschen Volkes, Deutschland vor der Kriegskatastrophe, die zu einer noch furchtbareren Niederlage führen würde als 1918, zu retten.“¹

¹ Ebenda, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 136.

Für den Kampf gegen die ungeheure Gefahr, die die ganze Nation bedrohte, bemühte sich Genosse Ulbricht, alle freiheitlichen, antifaschistischen und demokratischen Kräfte zusammenzuschließen. Bereits im Jahre 1935 hatte er über den Kampf in Deutschland geschrieben:

„Es handelt sich darum, die Initiative der Massen durch solche Losungen zu entwickeln, die allen Gegnern des Faschismus gleichermaßen verständlich und nahe sind, unabhängig von ihren politischen Ansichten, ihrer Weltanschauung und ihren religiösen Überzeugungen.“¹

Aber selbst in dieser Situation lehnten die rechten sozialdemokratischen Führer, der sogenannte Prager Parteivorstand der SPD, den gemeinsamen Kampf ab. Die Hitlermacht profitierte von der Zersplitterung der antifaschistischen Kräfte. Sie konnte ihre fieberhaften Kriegsvorbereitungen betreiben und Deutschland in den verbrecherischsten Krieg seiner Geschichte stürzen, ohne daß es zu ernsthaften Massenkämpfen in Deutschland kam.

Vom Beginn der deutschen Aggression gegen die spanische Republik, gegen Österreich und die Tschechoslowakei, vom ersten Tage der direkten Kriegshandlungen an enthüllte Genosse Ulbricht den räuberischen und imperialistischen Charakter des Hitlerkrieges. Er kämpfte gegen diese Aggression in Spanien in den Internationalen Brigaden. Er ging, als Hitler die Sowjetunion heimtückisch überfallen hatte, an die Front, um die deutschen Soldaten vor dem Marsch in den Untergang zu warnen. Seine Reden und Schriften aus dieser Zeit sind von der großen Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und von dem glühenden Patriotismus eines wahren Deutschen gekennzeichnet. In zahllosen Flugschriften, Rundfunkreden und Ansprachen in der vordersten Frontlinie zeigte er der deutschen Bevölkerung und den deutschen Soldaten den imperialistischen Raubcharakter des Hitlerkrieges und die Mittel und Wege zur Rettung aus der nationalen Katastrophe. In der Zeitung des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, dessen Mitbegründer und führendes Mitglied er war, schrieb er im Juli 1944:

„Was ist das Gebot der Stunde? Mit allen Mitteln der Hitler-Clique die Weiterführung des Krieges unmöglich machen . . .

¹ Ebenda, S. 77.

Mit allen Mitteln verhindern, daß Hitler den Krieg auf deutschen Boden schleppt und Deutschland total ruiniert.

Mit allen Mitteln verhindern, daß Hitler in seinem Wahnsinn auch die letzten Grundlagen für den Wiederaufbau Deutschlands zerstört.

Kein verantwortungsbewußter Deutscher darf sich dem Einsatz für diese wahrhaft nationalen Aufgaben entziehen. Arbeiter, Angestellter, Unternehmer, Bauer und Mittelständler, Soldat und General — alle werden von Hitler zugrunde gerichtet. Alle müssen gemeinsam zur Tat schreiten.“¹

Diese große Arbeit, die Walter Ulbricht zusammen mit vielen anderen Funktionären unserer Partei unter Einsatz des Lebens in den vordersten Frontlinien leistete, rettete Zehntausenden deutschen Soldaten das Leben und erhielt dem deutschen Volke große materielle Werte. Das Ziel dieser Anstrengungen der Kommunistischen Partei Deutschlands war es, durch die rasche Beendigung des Krieges unserem Volke unersetzbare Verluste und maßlose Leiden zu ersparen, die faschistische Diktatur durch die Kraft des eigenen Volkes zu stürzen, die von Hitler geschändete Ehre der deutschen Nation wiederherzustellen und einer antifaschistischen Regierung günstige Voraussetzungen für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages zu schaffen. Als marxistisch-leninistische Partei hat sich die KPD als die einzig wahrhaft nationale Partei erwiesen, die alle gesunden Kräfte des Volkes gegen die Verderber Deutschlands, gegen Hitler und seine großkapitalistischen Hintermänner, mobilisierte.

Es war durchaus folgerichtig, daß nach dem glorreichen Sieg der von Stalin geführten Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus Walter Ulbricht zum Warner und Ankläger gegen jene Politik wurde, die in Westdeutschland zum Wiedererstehen des aggressiven deutschen Imperialismus führte. Unermüdlich führte er den Kampf für die Bestrafung der Kriegsverbrecher, für die Entmachtung des Monopolkapitals und des Junkertums. Unermüdlich warnte er die westdeutschen Arbeiter und Bauern vor den unvermeidlichen Folgen, die sich ergeben mußten, wenn unterschiedene Maßnahmen gegen die Hauptverantwortlichen für zwei Weltkriege unterlassen wurden. Mit großer Überzeugungskraft entlarvte er den nationalen Verrat, den die Vertreter der

¹ Ebenda, S. 334.

Großbourgeoisie betrieben, um ihre eigenen Machtpositionen wiederherzustellen und zu festigen. Gegen diesen nationalen Verrat, der seinen Höhepunkt in der Unterzeichnung des Generalkriegsvertrages und des Söldnerabkommens für die Europa-Armee durch den alten Vaterlandsverräter Adenauer fand, formulierte Walter Ulbricht die Aufgaben der Volksbefreiungsbewegung in Westdeutschland und sagte in diesem Zusammenhang auf der II. Parteikonferenz der SED:

„Weil die führenden reaktionären Kreise der westdeutschen Bourgeoisie wissen, daß bei einer freien Entscheidung des deutschen Volkes und Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit die Herrschaft der ewigen Kriegstreiber, der Konzernherren, Bankherren und Großagrarien, in Westdeutschland ein Ende finden würde, verraten sie das Vaterland, um mit Hilfe der amerikanischen, englischen und französischen Okkupationstruppen ihre Machtposition noch einige Zeit zu halten.

Es erweist sich, daß die Arbeiterklasse am konsequentesten die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt, daß sie die führende Rolle im nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes innehat und daß sie verwirklichen wird, was der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in seinem Dokument im Oktober 1949 sagte:

„Die Arbeiterklasse mit der SED an der Spitze hat die historische Aufgabe zu erfüllen, die nationale Rettungs- und Einigungsbewegung zu organisieren und zu führen.“¹

Der konsequente Kampf, den Walter Ulbricht seit seiner Jugend gegen Reaktion und Militarismus, gegen Imperialismus und Krieg führt, gibt die absolute Gewähr, daß die nationale Rettungs- und Einigungsbewegung in ihm einen ihrer hervorragendsten Führer hat.

Bei der Begründung und Durchsetzung der taktischen Neuorientierung, die die KPD auf ihrer historischen Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 beschloß, spielte Walter Ulbricht eine entscheidende Rolle. Nach dem Siege Hitlers und nach der Verhaftung Ernst Thälmanns haben sich, wie das nach Niederlagen häufig eintritt, in den Reihen der Kommunistischen Partei ernste

¹ „Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, S. 45.

Schwierigkeiten gezeigt. Ein Teil der Mitglieder des Zentralkomitees und des Politbüros erkannte nicht die grundlegenden Veränderungen, die mit dem Siege des Faschismus vor sich gegangen waren. Sie waren nicht bereit, die Mängel und Schwächen der Politik der KPD zu untersuchen und predigten der Partei ein selbstzufriedenes Sektierertum. Demgegenüber war es notwendig, einen neuen Weg zu beschreiten, den Weg des gesteigerten Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Bildung einer Volksfront aus allen antifaschistischen Kräften. Schon damals wurde die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung und die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse als Ziel ins Auge gefaßt und für die Zeit nach dem Sturze Hitlers die Schaffung einer Regierung der Antifaschistischen Volksfront vorgeschlagen. Diese von Georgi Dimitroff, dem Helden des Reichstagsbrandprozesses, auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1935) begründete Politik fand in Walter Ulbricht einen entschiedenen Verfechter innerhalb der KPD. Hartnäckig und konsequent führte er den Kampf gegen die falsche Einschätzung der Situation und gegen das Sektierertum der Gruppe von ZK-Mitgliedern, deren Wortführer Schubert, Schulte und Dahlem waren. Entschlossen nützte er jede Gelegenheit, durch öffentliche Stellungnahmen und persönliche Verhandlungen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Antifaschistische Volksfront zu werben. Durch diese Haltung trug Walter Ulbricht maßgeblich zu der Neuorientierung der KPD bei, die seit der Brüsseler Konferenz konsequent durchgeführt wurde und nach der Niederwerfung des Hitlerfaschismus zur Herstellung der Aktionseinheit und zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, zur Schaffung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien führte. Dank dieser Politik konnten im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution erfüllt und in Staat und Wirtschaft eine demokratische Ordnung geschaffen werden.

Walter Ulbricht war es, der auf der ersten Funktionärskonferenz der KPD Groß-Berlins nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, am 25. Juni 1945, der deutschen Arbeiterklasse das Programm des Aufbaus und der Erneuerung Deutschlands er-

läuterte, das im Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 enthalten war. Der Hitlerfaschismus hatte mit seiner Blutherrschaft und seinem imperialistischen Raubkrieg Deutschland in ein politisches, wirtschaftliches und geistiges Trümmerfeld verwandelt. Angesichts dessen mußte der Weg zu einem neuen Leben mit den schweren Aufgaben des Neuaufbaus der einfachsten Grundlagen der Wirtschaft, des Staates und der Kultur beginnen. Dabei kam es darauf an, alle Aufgaben so zu lösen, daß sie endlich die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution brachten, die im Jahre 1848 begonnen hatte. Auf diesem Wege lagen so umwälzende Maßnahmen wie die demokratische Bodenreform, die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, die demokratische Schulreform, die restlose Beseitigung des faschistischen Herrschaftsapparates und der Aufbau einer neuen, demokratischen Ordnung. Die erfolgreiche Lösung aller dieser Aufgaben war jedoch nur denkbar, weil die Spaltung der Arbeiterklasse überwunden wurde und die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus geeinte Arbeiterpartei die Führung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes errang.

In allen Etappen dieser Entwicklung seit 1945 gab es keine Grundfrage der Politik unserer Partei, keinen Zweig des Parteaufbaus und kaum ein Gebiet unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, auf dem sich die große lenkende und motorische Kraft Walter Ulbrichts nicht bewährt hätte. Durch seine führende Leistung im Kampf um die Einheit der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und um die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei von neuem Typus, einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei, hat er sich jenes große Vertrauen der Partei und der Arbeiterklasse erworben, das sich in seiner Wahl zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED dokumentiert. Mit Fug und Recht dürfen wir Walter Ulbricht zu jener Gruppe von Marxisten zählen, von der Stalin sagte, daß sie

„das Schwergewicht der Sache von der äußerlichen Anerkennung des Marxismus auf seine Durchführung, auf seine Umsetzung in die Tat“ verlegt. „Der Situation entsprechende Wege und Mittel zur Verwirk-

lichung des Marxismus festzulegen, diese Wege und Mittel zu ändern, wenn die Situation sich ändert — das ist es, worauf diese Gruppe hauptsächlich ihre Aufmerksamkeit richtet. Diese Gruppe schöpft ihre Direktiven und Weisungen nicht aus historischen Analogien und Parallelen, sondern aus dem Studium der sie umgebenden Verhältnisse. Sie stützt sich in ihrer Tätigkeit nicht auf Zitate und Aussprüche, sondern auf die praktische Erfahrung, indem sie jeden ihrer Schritte an Hand der Erfahrung prüft, aus ihren Fehlern lernt und andere lehrt, das neue Leben aufzubauen.“¹

In dem gewaltigen Werk, das neue Leben aus den Trümmern und Ruinen des Hitlerreiches aufzubauen, hat sich Walter Ulbricht als hervorragender Baumeister erwiesen. Voll berechtigtem Stolz konnte er auf dem III. Parteitag der SED sein Referat mit den Worten beginnen:

„Etwas Neues, Großes ist in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Werktätige, die vor einigen Jahren noch verzagt ihres Weges gingen, die keine Möglichkeit sahen, wie man die Folgen des Hitlerkrieges überwinden und zu einem neuen Leben kommen kann, stehen jetzt stolz an ihren Maschinen und vollbringen Leistungen, wie sie im alten Deutschland nicht möglich waren. Zu Ehren des Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnten Arbeiter, Arbeiterinnen und technische Intelligenz in den Industriebetrieben, aber auch Werktätige in der Landwirtschaft über Erfolge berichten, die zeigen, daß eine tiefe Wandlung in unserem Volke vor sich geht.“²

Nach der Aufzählung einiger hervorragender Beispiele solcher Erfolge fuhr Genosse Ulbricht fort:

„Alle diese Leistungen zeigen, mit welchem Enthusiasmus die Werktätigen den Kampf führen um höhere Leistungen und für ein besseres, schöneres Leben unseres Volkes. Diese Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist der bedeutendste Erfolg der Partei der Arbeiterklasse und aller aufbauwilligen Kräfte. *Diese Leistungen waren nur möglich, weil sich immer breitere Kreise des werktätigen Volkes bewußt werden, daß jetzt die Arbeiterschaft die Hauptpositionen im Staat in ihren Händen*

¹ J. W. Stalin, Werke, Bd. 4, S. 271/272.

² Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. III, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 709.

hat, daß die Leistungen der Werktätigen in der volkseigenen Wirtschaft dem ganzen Volk und jedem einzelnen zugute kommen.“¹

Die Arbeit und der Kampf für den Aufbau des neuen Lebens und die Entfaltung der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ist bei Walter Ulbricht jedoch stets verbunden mit dem Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands. Am Schluß der Darstellung des Charakteristischen der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik auf der II. Parteikonferenz sagte er:

„Die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik ist für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands von großem Nutzen und von entscheidender Bedeutung. Die Deutsche Demokratische Republik ist das Bollwerk des nationalen Befreiungskampfes des deutschen Volkes gegen den Imperialismus und damit gleichzeitig das Fundament des Kampfes für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland.“²

Aus seiner Leistung als marxistisch-leninistischer Arbeiterführer und Staatsmann neuen Typus ergibt sich das Vertrauen, das Walter Ulbricht entgegengebracht wird. Die Werktätigen schätzen in ihm den konsequenten Kämpfer für ihre politischen und sozialen Interessen, den Baumeister eines neuen Lebens. Die werktätige Bauernschaft schätzt ihn als Führer der Partei der Arbeiterklasse, unter deren Führung sie die demokratische Bodenreform durchgeführt und sich vom Joch des Junkertums und des kapitalistischen Wuchers befreit hat. Die Wissenschaftler und Künstler schätzen Walter Ulbricht, weil er ihnen für ihre schöpferische Arbeit neue Ziele und Impulse gab. Unsere Frauen sehen in Walter Ulbricht den konsequenten Verfechter der Gleichberechtigung der Frau. Unsere Jugend verehrt in Walter Ulbricht ihren großen Freund, der sich besondere Verdienste um die Förderung der Jugend und des Sports erworben hat. Alle deutschen Patrioten schließlich sehen in ihm den entschiedenen und klugen Kämpfer für die Einheit und Unabhängigkeit eines friedliebenden und demokratischen Deutsch-

¹ Ebenda, S. 710.

² „Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, S. 32.

lands, für die Erringung eines gerechten Friedensvertrages, der Deutschland von der Gefahr befreit, zum Aufmarschgebiet und Schlachtfeld eines dritten Weltkrieges zu werden.

In viereinhalb Jahrzehnten politischen Wirkens und revolutionären Kampfes ist Walter Ulbricht zu der großen Führerpersönlichkeit, zu dem Arbeiterführer und Staatsmann geworden, dem an seinem 60. Geburtstag die heißen Glückwünsche seiner Freunde und Kampfgefährten, der klassenbewußten Arbeiter und aller fortschrittlichen werktätigen Menschen gelten. In seiner Treue zur Partei und zur Sache des arbeitenden Volkes, in seiner Kompromißlosigkeit und Gradlinigkeit, in seiner nie erlahmenden Tatkraft, in seinem unermüdlchen Streben nach der Meisterung der revolutionären Wissenschaft, in seiner Aufgeschlossenheit für alles Neue und werdende ist er nicht nur den Mitgliedern und Funktionären der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sondern allen werktätigen Menschen, die nach einer friedlichen Zukunft eines geeinten deutschen Volkes streben, ein leuchtendes Vorbild.

„Einheit“, 8. Jahrgang, Heft 7, 1953.

Vorwärts auf dem neuen Kurs

In den letzten Tagen und Wochen mit ihren schwerwiegenden Ereignissen war es mir nicht vergönnt, so wie seit Jahrzehnten unmittelbar an der Führung der Partei der Arbeiterklasse teilzunehmen. Es drängt mich daher besonders, meiner Partei, der deutschen Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik meine Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation und zu den vor uns stehenden Aufgaben darzulegen.

Niemand kann bestreiten, daß seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, am 7. Oktober 1949, das friedliche Aufbauwerk unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erfreulich rasche und allseitige Fortschritte machte. Das drückte sich aus in einer ständigen Hebung der Lebenshaltung der breitesten Massen der Bevölkerung, in einer überaus erfolgreichen Entwicklung der volkseigenen Industrie, in der Erreichung von Vorkriegsernten in der Landwirtschaft, in einem allgemeinen freudigen Optimismus und Arbeitselan der Bevölkerung. Darin ist im Verlauf des vergangenen Jahres ein Wandel eingetreten. Es zeigte sich eine Verschlechterung der Lage in unserer Republik und eine Vertiefung der Kluft zwischen Ost und West unseres Vaterlandes.

Vielfache Signale aus der werktätigen Bevölkerung unserer Republik sowie erhöhte Schwierigkeiten im Kampf um die friedliche Lösung des deutschen Problems veranlaßten das Politbüro des Zentralkomitees unserer Partei deshalb, im Mai eine ernsthafte Überprüfung der Politik von Partei und Regierung vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Beratungen und Untersuchungen, über die ich laufend unterrichtet wurde, war das Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953,

das die notwendig gewordene Wendung in der Politik der Partei und Regierung einleitete.

Dieser neue Kurs hat zum Ziel, eine entschiedene Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und die Stärkung der Rechtssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik herbeizuführen. Zugleich dient er der Annäherung der beiden Teile Deutschlands und damit dem großen Ziel, der Herstellung der Einheit Deutschlands. Will man die Maßnahmen kurz zusammenfassen, die den neuen Kurs ausmachen, so bringen sie:

a) eine schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und der schaffenden Intelligenz;

b) Erleichterung und Hilfe für die Bauern, sowohl für die werktätigen Bauern wie auch für die Großbauern, damit sie durch gute Wirtschaftsführung und gesteigerte Viehzucht mehr Lebensmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe auf den Markt bringen können;

c) Erleichterung und Hilfe für Handwerker, Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer in Industrie und Bauwesen, Handel und Verkehr, damit sie durch gesteigerte Produktion zur besseren und schnelleren Belieferung der Bevölkerung mit Bedarfsgütern beitragen;

d) eine rasche Hilfe für alle die, die das Gebiet unserer Republik verlassen haben, indem ihnen die Rückkehr erleichtert und ihr Besitz zurückgegeben wird;

e) eine Erleichterung und Förderung des Verkehrs zwischen Ost und West unseres Vaterlandes durch großzügigere Ausstellung von Interzonenpässen und Aufenthaltsgenehmigungen für westdeutsche Landsleute;

f) eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche;

g) durch Überprüfung von Verhaftungen, Strafverfahren und Urteilen auf unbillige Härten eine Stärkung der Rechtssicherheit.

Dieser neue Kurs, der von der Führung unserer Partei vorgeschlagen wurde, fand in den Beratungen der Regierung die volle Zustimmung der Blockparteien. Bereits am 11. Juni wur-

Das im Kommunismus über die Führung des Ministerrats die
wichtigen Entscheidungen mitgeteilt und den zentralen und bürokrati-
schen Durchföhrung durch den gesamten Staat und Verwal-
tungsapparat vorgeht.

Die Wirkung der Verkündung des neuen Kurses und der so-
fortigen Bestätigung seiner Durchföhrung war — wie es nicht anders
sein konnte — verheerend. Die überwiegende Mehrheit
der Bevölkerung unserer Republik begrüßte ihn aufrichtig,
besonders alle führenden Männer, die in Westdeutschland aufrich-
tig und eifrig für eine gesamtdeutsche Verständigung ein-
traten. Dagegen nahmen die Spalte und Kriegstreiber, der
Klugel um Adenauer und seine ausländischen Hintermänner
den neuen Kurs unserer Partei und Regierung durchaus feind-
lich auf. Dabei spielte die internationale Situation, das An-
wachsen der Friedenskräfte in der ganzen Welt keine geringe
Rolle. Dank der entgegenkommenden Haltung der Delegation
der Koreanischen Volksrepublik und der chinesischen Volksfrei-
willigen nahmen die Waffenstillstandsverhandlungen einen er-
folgreichen Verlauf und schufen die reale Möglichkeit, den
Kriegsbrand im Fernen Osten zu löschen. Der Sieg der anti-
faschistischen Friedenskräfte bei den Wahlen in Italien und
Frankreich erschwerte die Durchföhrung der amerikanischen
Kriegspolitik in Europa. Angesichts der Haltung des englischen
Volkes und angesichts der immer rücksichtsloser erhobenen
Weltherrschaftsansprüche des amerikanischen Imperialismus sah
sich selbst der britische Premierminister Churchill gezwungen,
für Viermächteverhandlungen einzutreten. Die Stellungnahme
der „Prawda“, des Zentralorgans der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion, zur Unterhausrede Churchills reigte der gan-
zen Welt mit großer Überzeugungskraft, daß die Sowjetunion
konsequent und kühn die Politik des Friedens und der Völker-
verständigung fortföhrt.

Angesichts der wachsenden Stärke der internationalen Friede-
senkräfte sahen die westdeutschen und amerikanischen Kriegs-
treiber im neuen Kurs unserer Partei und Regierung eine wei-
tere schwere Geföhrdung ihrer auf die Schöpfung des kalten
Krieges zum heißen Krieg gerichteten Politik. Sie brauchen ein
gespaltenes Deutschland, einen Haß der Urache und der Pro-

vokation im Herzen Europas, damit sie auch weiterhin aus Auf-
rüstung und Krieg unermessliche Profite schlagen können. Zu-
dem sah Adenauer in der ungestörten und erfolgreichen Durch-
führung des neuen Kurses unserer Partei und Regierung eine
Gefährdung seiner eigenen Position bei den bevorstehenden
Bundestagswahlen, deren Ausgang er mehr als jeder andere
fürchtet.

Weil unser neuer Kurs die gesamtdeutsche Verständigung,
die Überwindung der Spaltung Deutschlands und die Sicherung
des Friedens fördert, weil er geeignet ist, die Machenschaften
der Spalter und Kriegsbrandstifter zu vereiteln, eben darum
versuchten die westdeutschen und amerikanischen Imperia-
listen, ihn durch die Inszenierung eines faschistischen Aben-
teuers zu durchkreuzen. Darum setzten sie kurzfristig den
„Tag X“ an und bedienten sich zur Auslösung der Provokation
ihrer seit langem in unsere Republik entsandten Agenten, der
Überreste jener Nazis und SS-Banditen, die nicht umgelernt
haben, sowie vor allem deklassierter Elemente aus Westberlin,
die durch jahrelange Arbeitslosigkeit moralisch zugrunde ge-
richtet wurden und als gekaufte Achtgroschenjungen zu jeder
Schandtat bereit waren.

Das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterklasse,
darf die bitteren Lehren der Vergangenheit nie vergessen.
Schon einmal wurden in Deutschland Gewerkschaftshäuser ge-
stürmt und demoliert. Schon einmal wurden Büros der Arbeiter-
parteien geplündert und ihre Funktionäre heimtückisch gemeu-
chelt, bis schließlich Göring mit der SA den Reichstagsbrand
inszenierte, dessen Flammen zum Fanal des zweiten Welt-
krieges wurden. Kein Deutscher und erst recht kein Arbeiter,
keine Frau und Mutter darf jemals vergessen, daß von den
Gewalttaten, Morden und Brandstiftungen der Nazis im Jahre
1932/1933 der Weg direkt in den zweiten Weltkrieg mit seinen
Massengräbern und Bombennächten führte. Die Sozialistische
Einheitspartei Deutschlands und die Regierung haben aus die-
sen bitteren geschichtlichen Erfahrungen die notwendigen Leh-
ren gezogen. Sie gebieten, daß jedes wie immer geartete faschi-
stische Abenteuer mit allen verfügbaren Mitteln zu zerschlagen
ist. Danach haben Partei und Regierung auch gehandelt. Sie

den im Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats die ersten Maßnahmen mitgeteilt und ihre rasche und unbürokratische Durchführung durch den gesamten Staats- und Verwaltungsapparat veranlaßt.

Die Wirkung der Verkündung des neuen Kurses und der sofortige Beginn seiner Durchführung war — wie es nicht anders sein konnte — verschiedenartig. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unserer Republik begrüßte ihn aufrichtig. Ebenso alle führenden Männer, die in Westdeutschland aufrichtig und ehrlich für eine gesamtdeutsche Verständigung eintreten. Dagegen nahmen die Spalter und Kriegstreiber, der Klüngel um Adenauer und seine ausländischen Hintermänner den neuen Kurs unserer Partei und Regierung durchaus feindlich auf. Dabei spielte die internationale Situation, das Anwachsen der Friedenskräfte in der ganzen Welt keine geringe Rolle. Dank der entgegenkommenden Haltung der Delegation der Koreanischen Volksrepublik und der chinesischen Volksfreiwilligen nahmen die Waffenstillstandsverhandlungen einen erfolgreichen Verlauf und schufen die reale Möglichkeit, den Kriegsbrand im Fernen Osten zu löschen. Der Sieg der antifaschistischen Friedenskräfte bei den Wahlen in Italien und Frankreich erschwerte die Durchführung der amerikanischen Kriegspolitik in Europa. Angesichts der Haltung des englischen Volkes und angesichts der immer rücksichtsloser erhobenen Weltherrschaftsansprüche des amerikanischen Imperialismus sah sich selbst der britische Premierminister Churchill gezwungen, für Viermächteverhandlungen einzutreten. Die Stellungnahme der „Prawda“, des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zur Unterhausrede Churchills zeigte der ganzen Welt mit großer Überzeugungskraft, daß die Sowjetunion konsequent und kühn die Politik des Friedens und der Völkerverständigung fortführt.

Angesichts der wachsenden Stärke der internationalen Friedenskräfte sahen die westdeutschen und amerikanischen Kriegstreiber im neuen Kurs unserer Partei und Regierung eine weitere schwere Gefährdung ihrer auf die Schürung des kalten Krieges zum heißen Krieg gerichteten Politik. Sie brauchen ein gespaltenes Deutschland, einen Herd der Unruhe und der Pro-

vokation im Herzen Europas, damit sie auch weiterhin aus Aufrüstung und Krieg unermessliche Profite schlagen können. Zudem sah Adenauer in der ungestörten und erfolgreichen Durchführung des neuen Kurses unserer Partei und Regierung eine Gefährdung seiner eigenen Position bei den bevorstehenden Bundestagswahlen, deren Ausgang er mehr als jeder andere fürchtet.

Weil unser neuer Kurs die gesamtdeutsche Verständigung, die Überwindung der Spaltung Deutschlands und die Sicherung des Friedens fördert, weil er geeignet ist, die Machenschaften der Spalter und Kriegsbrandstifter zu vereiteln, eben darum versuchten die westdeutschen und amerikanischen Imperialisten, ihn durch die Inszenierung eines faschistischen Abenteuers zu durchkreuzen. Darum setzten sie kurzfristig den „Tag X“ an und bedienten sich zur Auslösung der Provokation ihrer seit langem in unsere Republik entsandten Agenten, der Überreste jener Nazis und SS-Banditen, die nicht umgelernt haben, sowie vor allem deklassierter Elemente aus Westberlin, die durch jahrelange Arbeitslosigkeit moralisch zugrunde gerichtet wurden und als gekaufte Achtgroschenjungen zu jeder Schandtat bereit waren.

Das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterklasse, darf die bitteren Lehren der Vergangenheit nie vergessen. Schon einmal wurden in Deutschland Gewerkschaftshäuser gestürmt und demoliert. Schon einmal wurden Büros der Arbeiterparteien geplündert und ihre Funktionäre heimtückisch gemeuchelt, bis schließlich Göring mit der SA den Reichstagsbrand inszenierte, dessen Flammen zum Fanal des zweiten Weltkrieges wurden. Kein Deutscher und erst recht kein Arbeiter, keine Frau und Mutter darf jemals vergessen, daß von den Gewalttaten, Morden und Brandstiftungen der Nazis im Jahre 1932/1933 der Weg direkt in den zweiten Weltkrieg mit seinen Massengräbern und Bombennächten führte. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung haben aus diesen bitteren geschichtlichen Erfahrungen die notwendigen Lehren gezogen. Sie gebieten, daß jedes wie immer geartete faschistische Abenteuer mit allen verfügbaren Mitteln zu zerschlagen ist. Danach haben Partei und Regierung auch gehandelt. Sie

den im Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats die ersten Maßnahmen mitgeteilt und ihre rasche und unbürokratische Durchführung durch den gesamten Staats- und Verwaltungsapparat veranlaßt.

Die Wirkung der Verkündung des neuen Kurses und der sofortige Beginn seiner Durchführung war — wie es nicht anders sein konnte — verschiedenartig. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unserer Republik begrüßte ihn aufrichtig. Ebenso alle führenden Männer, die in Westdeutschland aufrichtig und ehrlich für eine gesamtdeutsche Verständigung eintreten. Dagegen nahmen die Spalter und Kriegstreiber, der Klüngel um Adenauer und seine ausländischen Hintermänner den neuen Kurs unserer Partei und Regierung durchaus feindlich auf. Dabei spielte die internationale Situation, das Anwachsen der Friedenskräfte in der ganzen Welt keine geringe Rolle. Dank der entgegenkommenden Haltung der Delegation der Koreanischen Volksrepublik und der chinesischen Volksfreiwilligen nahmen die Waffenstillstandsverhandlungen einen erfolgreichen Verlauf und schufen die reale Möglichkeit, den Kriegsbrand im Fernen Osten zu löschen. Der Sieg der antifaschistischen Friedenskräfte bei den Wahlen in Italien und Frankreich erschwerte die Durchführung der amerikanischen Kriegspolitik in Europa. Angesichts der Haltung des englischen Volkes und angesichts der immer rücksichtsloser erhobenen Weltherrschaftsansprüche des amerikanischen Imperialismus sah sich selbst der britische Premierminister Churchill gezwungen, für Viermächteverhandlungen einzutreten. Die Stellungnahme der „Prawda“, des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zur Unterhausrede Churchills zeigte der ganzen Welt mit großer Überzeugungskraft, daß die Sowjetunion konsequent und kühn die Politik des Friedens und der Völkerverständigung fortführt.

Angesichts der wachsenden Stärke der internationalen Friedenskräfte sahen die westdeutschen und amerikanischen Kriegstreiber im neuen Kurs unserer Partei und Regierung eine weitere schwere Gefährdung ihrer auf die Schürung des kalten Krieges zum heißen Krieg gerichteten Politik. Sie brauchen ein gespaltenes Deutschland, einen Herd der Unruhe und der Pro-

vokation im Herzen Europas, damit sie auch weiterhin aus Aufrüstung und Krieg unermeßliche Profite schlagen können. Zudem sah Adenauer in der ungestörten und erfolgreichen Durchführung des neuen Kurses unserer Partei und Regierung eine Gefährdung seiner eigenen Position bei den bevorstehenden Bundestagswahlen, deren Ausgang er mehr als jeder andere fürchtet.

Weil unser neuer Kurs die gesamtdeutsche Verständigung, die Überwindung der Spaltung Deutschlands und die Sicherung des Friedens fördert, weil er geeignet ist, die Machenschaften der Spalter und Kriegsbrandstifter zu vereiteln, eben darum versuchten die westdeutschen und amerikanischen Imperialisten, ihn durch die Inszenierung eines faschistischen Abenteuers zu durchkreuzen. Darum setzten sie kurzfristig den „Tag X“ an und bedienten sich zur Auslösung der Provokation ihrer seit langem in unsere Republik entsandten Agenten, der Überreste jener Nazis und SS-Banditen, die nicht umgelernt haben, sowie vor allem deklassierter Elemente aus Westberlin, die durch jahrelange Arbeitslosigkeit moralisch zugrunde gerichtet wurden und als gekaufte Achtgroschenjungen zu jeder Schandtat bereit waren.

Das deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterklasse, darf die bitteren Lehren der Vergangenheit nie vergessen. Schon einmal wurden in Deutschland Gewerkschaftshäuser gestürmt und demoliert. Schon einmal wurden Büros der Arbeiterparteien geplündert und ihre Funktionäre heimtückisch gemeuchelt, bis schließlich Göring mit der SA den Reichstagsbrand inszenierte, dessen Flammen zum Fanal des zweiten Weltkrieges wurden. Kein Deutscher und erst recht kein Arbeiter, keine Frau und Mutter darf jemals vergessen, daß von den Gewalttaten, Morden und Brandstiftungen der Nazis im Jahre 1932/1933 der Weg direkt in den zweiten Weltkrieg mit seinen Massengräbern und Bombennächten führte. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung haben aus diesen bitteren geschichtlichen Erfahrungen die notwendigen Lehren gezogen. Sie gebieten, daß jedes wie immer geartete faschistische Abenteuer mit allen verfügbaren Mitteln zu zerschlagen ist. Danach haben Partei und Regierung auch gehandelt. Sie

mobilisierten die Werktätigen, setzten die Volkspolizei und die übrigen Machtorgane ein und zerschlugen mit der aktiven Hilfe der sowjetischen Truppen das faschistische Abenteuer der Völker Europas. Jeder einsichtige Deutsche weiß heute, daß in einem neuen europäischen Krieg Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein würde, daß er durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel unsere Heimat zum Leichenfeld und zur Trümmerwüste machen würde. Die faschistischen Abenteurer, die sich als Ritter der abendländischen Kultur auspielen, beschwören mit ihren Kriegstreibereien tatsächlich den Untergang des ganzen europäischen Abendlandes herauf.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich dank ihrer konsequenten Eintretens für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland in steigendem Maße die Anerkennung und das Vertrauen der friedlichen Völker erworben, besonders der Völker, die vom faschistischen deutschen Imperialismus am grausamsten unterdrückt und gepeinigt wurden. Denn es wird dem deutschen Volke einen ehrenvollen Platz in der großen Familie der friedliebenden Völker sichern, wenn es mit Gewalttaten, Morden, Plünderung, Zerstörungen, Vertreibungen, blutigen Fratzen des deutschen Faschismus nicht gelernt haben. Diese Völker — und vor allem die nationale Arbeiterklasse — stehen heute an der Spitze um die Sicherung der demokratischen Grundlagen Deutschlands auf friedlichen und weltfriedlichen Grundlagen, findet unsere Partei und unsere Arbeiterklasse die aktive Solidarität und Unterstützung aller Länder. Davon zeugt die mächtige Bewegung der Arbeiterklasse in allen Ländern erhoben hat. Diese Solidaritätsbewegung erfüllt uns mit dem sicheren Sieges unserer ge-



Ministerpräsident Otto Grotewohl erstattet dem Präsidenten Bericht über die hervorragenden Erfolge der deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung
Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung
die vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau stattfanden

...
e-
la-
Die-
ein,
Platz
. Die
die
Brand-
bren-
die di
kenn
terna
m K
ie F
kra

mobilisierten die Werktätigen, setzten die Volkspolizei und die übrigen Machtorgane ein und zerschlugen mit der aktiven Hilfe der sowjetischen Truppen das faschistische Abenteuer.

Das war eine Tat für den Frieden des deutschen Volkes und der Völker Europas. Jeder einsichtige Deutsche weiß heute, daß in einem neuen europäischen Krieg Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein würde, daß er durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel unsere Heimat zum Leichenfeld und zur Trümmerwüste machen würde. Die faschistischen Abenteurer, die sich als Ritter der abendländischen Kultur auspielen, beschwören mit ihren Kriegstreibereien tatsächlich den Untergang des ganzen europäischen Abendlandes herauf.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich dank ihres konsequenten Eintretens für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland in steigendem Maße die Achtung und das Vertrauen der friedlichen Völker erworben, besonders der Völker, die vom faschistischen deutschen Imperialismus am grausamsten unterdrückt und gepeinigt wurden. Dieses neu gewonnene Vertrauen muß uns heilig und teuer sein, denn es wird dem deutschen Volke einen ehrenvollen Platz in der großen Familie der friedliebenden Völker sichern. Der faschistische Imperialismus jedoch mit Gewalttaten, Morden, Plünderungen und Verwüstungen in den eigenen Lande hat den Völkern einen tiefen Haß und tiefe Verachtung eingebracht. Diese Völker haben schon einmal gelernt haben. Diese Völker sind vor allem unsere Arbeiterklasse — stehen für die Sicherung der demokratischen Ordnung und den Frieden Deutschlands auf friedlichen Grundlagen, findet unsere Klasse die aktive Solidarität der internationalen Arbeiterklasse aller Länder. Davon zeugen sich nach den faschistischen Verbrechen in allen Ländern erhobene Solidaritätsbewegungen, die den sicheren Sieg



Ministerpräsident Otto Grotewohl erstattet dem Präsidenten Bericht über die hervorragenden Ergebnisse der Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion, die vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau stattfanden

mobilisierten die Werktätigen, setzten die Volkspolizei und die übrigen Machtorgane ein und zerschlugen mit der aktiven Hilfe der sowjetischen Truppen das faschistische Abenteuer.

Das war eine Tat für den Frieden des deutschen Volkes und der Völker Europas. Jeder einsichtige Deutsche weiß heute, daß in einem neuen europäischen Krieg Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein würde, daß er durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel unsere Heimat zum Leichenfeld und zur Trümmerwüste machen würde. Die faschistischen Abenteurer, die sich als Ritter der abendländischen Kultur auspielen, beschwören mit ihren Kriegstreibereien tatsächlich den Untergang des ganzen europäischen Abendlandes herauf.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich dank ihres konsequenten Eintretens für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland in steigendem Maße die Achtung und das Vertrauen der friedlichen Völker erworben, besonders der Völker, die vom faschistischen deutschen Imperialismus am grausamsten unterdrückt und gepeinigt wurden. Dieses neu gewonnene Vertrauen muß uns heilig und teuer sein, denn es wird dem deutschen Volke einen ehrenvollen Platz in der großen Familie der friedliebenden Völker sichern. Die faschistischen Kräfte des deutschen Imperialismus jedoch, die mit Gewalttaten, Morden, Plünderung, Zerstörungen und Brandstiftungen im eigenen Lande hausen, erzeugen wiederum brennenden Haß und tiefe Verachtung bei allen Völkern, die die blutige Fratze des deutschen Faschismus schon einmal kennengelernt haben. Diese Völker — und vor allem die internationale Arbeiterklasse — stehen heute an unserer Seite. Im Kampf um die Sicherung der demokratischen Ordnung, um die Einheit Deutschlands auf friedlichen und wahrhaft demokratischen Grundlagen, findet unsere Partei und die deutsche Arbeiterklasse die aktive Solidarität und uneigennützigte Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und der Friedenskämpfer aller Länder. Davon zeugt die mächtige Woge des Protestes, die sich nach den faschistischen Provokationen von Westberlin in allen Ländern erhoben hat. Diese mächtige internationale Solidaritätsbewegung erfüllt uns mehr als je mit der Gewißheit des sicheren Sieges unserer gerechten Sache.



Ministerpräsident Otto Grotewohl erstattet dem Präsidenten Bericht über die hervorragenden Ergebnisse der Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion, die vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau stattfanden

mobilisierten die Werktätigen, setzten die Volkspolizei und die übrigen Machtorgane ein und zerschlugen mit der aktiven Hilfe der sowjetischen Truppen das faschistische Abenteuer.

Das war eine Tat für den Frieden des deutschen Volkes und der Völker Europas. Jeder einsichtige Deutsche weiß heute, daß in einem neuen europäischen Krieg Deutschland der Hauptkriegsschauplatz sein würde, daß er durch Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel unsere Heimat zum Leichenfeld und zur Trümmerwüste machen würde. Die faschistischen Abenteurer, die sich als Ritter der abendländischen Kultur aufspielen, beschwören mit ihren Kriegstreibereien tatsächlich den Untergang des ganzen europäischen Abendlandes herauf.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich dank ihres konsequenten Eintretens für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland in steigendem Maße die Achtung und das Vertrauen der friedlichen Völker erworben, besonders der Völker, die vom faschistischen deutschen Imperialismus am grausamsten unterdrückt und gepeinigt wurden. Dieses neu gewonnene Vertrauen muß uns heilig und teuer sein, denn es wird dem deutschen Volke einen ehrenvollen Platz in der großen Familie der friedliebenden Völker sichern. Die faschistischen Kräfte des deutschen Imperialismus jedoch, die mit Gewalttaten, Morden, Plünderung, Zerstörungen und Brandstiftungen im eigenen Lande hausen, erzeugen wiederum brennenden Haß und tiefe Verachtung bei allen Völkern, die die blutige Fratze des deutschen Faschismus schon einmal kennengelernt haben. Diese Völker — und vor allem die internationale Arbeiterklasse — stehen heute an unserer Seite. Im Kampf um die Sicherung der demokratischen Ordnung, um die Einheit Deutschlands auf friedlichen und wahrhaft demokratischen Grundlagen, findet unsere Partei und die deutsche Arbeiterklasse die aktive Solidarität und uneigennützigte Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und der Friedenskämpfer aller Länder. Davon zeugt die mächtige Woge des Protestes, die sich nach den faschistischen Provokationen von Westberlin in allen Ländern erhoben hat. Diese mächtige internationale Solidaritätsbewegung erfüllt uns mehr als je mit der Gewißheit des sicheren Sieges unserer gerechten Sache.



Ministerpräsident Otto Grotewohl erstattet dem Präsidenten Bericht über die hervorragenden Ergebnisse der Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der Sowjetunion, die vom 20. bis 22. August 1953 in Moskau stattfanden

die zentralen Aufgaben der Partei und aller fortschrittlichen und friedliebenden Menschen unserer Republik.

Die Feinde der deutschen Einheit und des Friedens, die Feinde des werktätigen Volkes haben versucht, den neuen Kurs unserer Partei und Regierung zu durchkreuzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Jetzt kommt es darauf an, ihn verstärkt fortzuführen, damit seine Ergebnisse möglichst rasch und allseitig für jeden werktätigen Menschen unserer Republik spürbar werden, damit sie jeden aufrichtigen deutschen Patrioten in ganz Deutschland zum verstärkten Kampf um Einheit und Frieden anspornen. Die großzügigen neuen Maßnahmen zur entschiedenen Verbesserung der Lage der Arbeitenden sowie der Kranken, Invaliden und Alten, zur Hilfe für die Bauern, Handwerker und privaten Unternehmer zeigen, daß unsere Partei und Regierung diesen Weg entschlossen und kühn gehen. Jetzt ist mehr als je die aktive Mitarbeit aller werktätigen Menschen in der volkseigenen Industrie, in den Produktionsgenossenschaften und auf den volkseigenen Gütern, aller Bauern und Handwerker, aller ehrlichen Unternehmer notwendig, damit die von der Regierung beschlossenen und noch geplanten Maßnahmen zum größten Nutzen aller Schichten der Bevölkerung rasch und erfolgreich verwirklicht werden. Wer jetzt abwartend beiseite steht, schadet sich selbst, seiner Familie und dem deutschen Volke. Jetzt ist es erst recht notwendig, die Arbeitsproduktivität zu steigern, den Wettbewerb breit zu entfalten, die Neuerermethoden umfassend anzuwenden und die Leitung und Organisation der volkseigenen Industrie auf die gebührende Höhe zu bringen. Jedes Parteimitglied, jeder Werktätige, jeder Bürger unserer Republik möge sich die Worte aus der Erklärung des Zentralkomitees der SED vom 21. Juni fest einprägen und danach handeln,

„daß von der Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik, von der Festigung unserer demokratischen Staatsmacht, von der Schaffung eines wahrhaft vorbildlichen demokratischen Staates auf deutschem Boden in weitem Maße die Erhaltung des Friedens und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands abhängt“¹.

¹ „Neues Deutschland“ vom 23. Juni 1953.

Im festen Vertrauen zur Partei der Arbeiterklasse und zu unserer Regierung mit aller Kraft vorwärts auf dem neuen Kurs, den die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung eingeschlagen haben. Der Erfolg unserer großen und gerechten nationalen Sache ist uns gewiß, denn mit uns sind die unermesslichen Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus unter Führung der Sozialistischen Sowjetunion.

„Neues Deutschland“ vom 2. Juli 1953.

Auf die Mitarbeit aller deutschen Patrioten kommt es an!

*Rundfunkansprache an die Bevölkerung
der Deutschen Demokratischen Republik*

Liebe Landsleute, liebe Freunde und Genossen!

Mir sind in den letzten Tagen und Wochen so viele Grüße, Genesungswünsche und Vertrauensbeweise übermittelt worden, daß ich mich verpflichtet fühle, allen Werktätigen unserer Republik und allen meinen Genossen dafür herzlich zu danken. Ich habe mich gerade in diesen Tagen, da imperialistische Kräfte ein faschistisches Abenteuer gegen die Deutsche Demokratische Republik inszenierten, besonders innig mit allen Werktätigen und friedliebenden Menschen unseres Vaterlandes verbunden gefühlt.

Aus Tausenden von Briefen und Mitteilungen von Besuchern der Sprechstunden meiner Kanzlei kannte ich die Nöte und Beschwerden unserer Bevölkerung. Darum habe ich Ende Mai, als mich Vertreter des Politbüros meiner Partei über dessen Beratungen informierten, die Änderung des Kurses von Partei und Regierung voll und ganz gebilligt. Dieser neue Kurs, der am 9. Juni der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, ist auf eine Hebung der Lebenshaltung aller Schichten der Bevölkerung, auf eine allgemeine Besserung der Lage in unserer Republik und auf die Überwindung der Kluft zwischen Ost und West unseres Vaterlandes gerichtet.

Eben weil der neue Kurs den Werktätigen hilft, weil er der Einheit und dem Frieden dient, ebendarum fürchten ihn die großkapitalistischen Feinde des Volkes und die Kriegsbrandstifter. Von der ersten Nachricht über die faschistischen Provokationen in Berlin an war für mich klar, daß sie den neuen Kurs von Partei und Regierung durchkreuzen sollten. Dabei mißbrauchten die Provokateure eine unzweifelhaft vorhandene Unzufriedenheit unter den Werktätigen, die zum Teil berech-

tigte Forderungen gegen bestehende Mißstände erhoben. Aber auch die zeitweilig irregeführten Werktätigen erkannten sehr bald, auf welchen gefährlichen Weg die faschistischen Abenteurer und ihre ausländischen Hintermänner sie drängen wollten. Wie einst die Reichstagsbrandstiftung, so sollten die Brandstiftungen am Potsdamer Platz zu Flammenzeichen eines neuen Krieges werden. Durch die Haltung der Mehrheit der Werktätigen, durch den tapferen Einsatz der Volkspolizei und das rechtzeitige und besonnene Eingreifen der Sowjettruppen ist der Brandfunke ausgetreten worden, bevor er einen neuen Krieg entzünden konnte. Dafür sage ich allen, die durch ihren selbstlosen Einsatz unsere demokratische Ordnung und den Frieden verteidigten, meinen aufrichtigen Dank.

Jetzt kommt es darauf an, den neuen Kurs mit erhöhter Kraft fortzuführen. Alle seit dem 9. Juni bereits beschlossenen und noch geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller müssen rasch und entschlossen verwirklicht werden. Das erfordert die vertrauensvolle Mitarbeit aller, die aufrichtig für das Wohl des Volkes eintreten. Jeder Werktätige muß jetzt durch gute Leistungen und gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben dazu beitragen, die Lebenshaltung seiner Familie zu verbessern. Jeder ehrliche Deutsche muß jetzt erkennen, daß die faschistischen Provokateure geschlagen werden müssen, damit der Weg zur gesamtdeutschen Verständigung frei wird, damit wahrhaft freie Wahlen in ganz Deutschland und ein gerechter Friedensvertrag erreicht werden können.

Darum, liebe Landsleute, liebe Freunde und Genossen, vorwärts auf dem neuen Kurs unserer Partei und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für das Wohl des Volkes, für die Einheit Deutschlands und den Frieden der Welt!

„Neues Deutschland“ vom 3. Juli 1953.

Brief an den Generalsekretär der Bewegung der französischen Hochschullehrer gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, H. Pouget, Paris

Sehr geehrter Herr Pouget!

Ich habe Ihr Schreiben vom 30. Mai 1953 und die beigelegte Resolution französischer und deutscher Hochschullehrer, die anlässlich eines Treffens für die friedliche Lösung der deutschen Frage in Paris gefaßt wurde, erhalten und begrüße die zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft und Initiative zur Erhaltung des Friedens, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und der Festigung der Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk.

Zweifelsohne werden die von der Regierung der Sowjetunion schon längst vorgeschlagenen Verhandlungen zwischen den Großmächten wesentlich dazu beitragen, alle bestehenden Gegensätze auf friedlichem Wege, entsprechend den Interessen aller Völker, zu lösen und unter anderem auch dem deutschen Volke die heißersehnte Freiheit wiederzugeben. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die gegen die friedliche Regelung gerichteten Kräfte der Produktionsproduzenten in den USA jetzt immer aktiver und aggressiver werden und mit ihren verbrecherischen Bemühungen versuchen, die friedliche Regelung unmöglich zu machen. Um dies zu verhindern und eine friedliche Regelung zu erzwingen, müssen diese völkerverhetzenden Kräfte durch die Friedensbewegung der Welt gebrochen werden.

Es gibt auch keinen Zweifel darüber, daß die Festigung der Freundschaft zwischen den französischen und den deutschen Werktätigen auf dem Wege des gemeinsamen Kampfes gegen die faschistischen Propagandateure in Deutschland und ihre Leuten in Westdeutschland wesentlich zur Erhaltung des Friedens beitragen wird.

Wenn die Adenauer-Regierung jetzt erklärt, daß sie auch für die Einheit Deutschlands ist, so gibt sie damit zu, daß das bisher nicht der Fall war. Aber man darf dieser Erklärung keinen Glauben schenken, weil die Adenauer-Regierung gegen das Zusammenkommen der Deutschen an einem Tisch, gegen die gesamtdeutsche Beratung der bevollmächtigten Vertreter aus Ost- und Westdeutschland ist, wo doch die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Beschleunigung des Friedensvertrages besprochen und entschieden werden sollen.

Was die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anbetrifft, so sind nach wie vor die Grundprinzipien ihrer gesamten Politik die der baldigen Wiederherstellung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit dem Ziel des Abschlusses eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Ein erneuter Beweis hierfür sind nicht zuletzt die neuen Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die einen bedeutenden Beitrag zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und der Erhaltung des Friedens überhaupt darstellen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

gez.: *W. Pieck*,

Präsident der Deutschen Demokratischen Republik

„*Neues Deutschland*“ vom 9. Juli 1953.

Deutsche an einen Tisch!

Ich begrüße von ganzem Herzen die Erklärung des Minister-rats der Deutschen Demokratischen Republik für gesamtdeutsche Verhandlungen von Vertretern Ost- und Westdeutschlands, damit sie erörtern und übereinkommen, wie die Einheit Deutschlands auf demokratischen und friedlichen Grundlagen wiederherzustellen ist.

Die Erfahrungen der vergangenen acht Jahre zeigen unserem Volke, daß nur durch gemeinsames Handeln der Deutschen in Ost und West unseres Vaterlandes die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates zu erreichen ist und die Kräfte der Reaktion, des Faschismus und der Aggression, die in Deutschland ihr Haupt erheben, gebändigt werden können.

Die Feinde des Friedens und der Einheit Deutschlands versteigen sich zu der Behauptung, die deutsche Frage könne ohne das deutsche Volk, ohne eine Verständigung zwischen den Deutschen Ost- und Westdeutschlands gelöst werden. Das ist grundfalsch. Die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und auf Grund seiner inneren Ordnung wahrhaft friedliebenden deutschen Staates ist in erster Linie Sache des deutschen Volkes selbst. Unser Volk ist durch die Vorherrschaft der imperialistischen Kräfte bereits in zwei blutige und verheerende Weltkriege gestürzt worden. Sie waren das furchtbare Ergebnis auch der Intrigen jener überseeischen Kriegsbrandstifter, die daran interessiert sind, daß die Völker Europas — und vor allem das deutsche Volk — ihr Blut vergießen, damit die großen imperialistischen Monopole Amerikas und Europas unerhörte Profite einstreichen können.

Die faschistische Provokation vom 17. Juni war die Fortsetzung der gleichen imperialistischen Politik, die auf die Ent-

fesselung eines neuen Krieges und die Vertiefung der Kluft zwischen Ost und West unseres Vaterlandes gerichtet ist. Unser Volk jedoch will den Frieden. Es wird diese Kluft durch die gesamtdeutsche Verständigung überbrücken und die Spaltung Deutschlands überwinden.

Eine gesamtdeutsche Beratung von Vertretern Ost- und Westdeutschlands hat die praktischen Schritte festzulegen, die notwendig sind, um einheitliche und freie Wahlen in ganz Deutschland durchführen zu können. Sie hat die Frage der Schaffung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung zu erörtern und wirksame Maßnahmen zu treffen, um den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aller Mächte aus Deutschland zu beschleunigen.

Ich zweifle nicht daran, daß der Zusammentritt einer gesamtdeutschen Beratung auch die Erreichung eines Übereinkommens der vier Großmächte über die deutsche Frage erleichtern wird.

Darum: Deutsche an einen Tisch!

gez.: W. Pieck

„Neues Deutschland“ vom 21. Juli 1953.

Friedensvertrag und demokratische Einheit – die tiefste Sehnsucht des deutschen Volkes

Rundfunkansprache

17. August 1953

Liebe Landsleute in Ost und West unseres deutschen Vaterlandes!

Arbeiter, Bauern und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Liebe deutsche Jugend!

In diesen Stunden, da Hoffnung und Zuversicht unsere Herzen erfüllen, wende ich mich an das ganze deutsche Volk. Acht lange Jahre hindurch wartet unser Volk auf einen gerechten Friedensvertrag, kämpft es um die nationale Einheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes. Friedensvertrag und demokratische Einheit Deutschlands machen die tiefste nationale Sehnsucht unseres Volkes aus. Nun hat die Sowjetregierung in ihrer Note an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA Vorschläge unterbreitet, die den raschen Abschluß eines Friedensvertrages mit einem demokratischen Deutschland ermöglichen. Darum wird die Note der Sowjetregierung von allen wahrhaft friedliebenden und nationalbewußten Deutschen mit einem Gefühl der Befreiung von ganzem Herzen begrüßt. Sie ermöglicht die friedliche Lösung des deutschen Problems und bringt damit auch eine Entspannung der Lage in Europa, die durch das Wiedererstehen des aggressiven Militarismus in Westdeutschland bedroht ist.

Die von Adenauer in Bonn und Paris unterzeichneten Verträge sind mit den nationalen Interessen unseres Volkes unvereinbar. Sie machen die nationale Wiedervereinigung unmöglich und berauben die Bevölkerung Westdeutschlands auf 50 Jahre ihrer nationalen Selbständigkeit. Sie binden West-

deutschland an den aggressiven Nordatlantikpakt, für den die deutsche Jugend unter dem Befehl von Hitlergeneralen auf deutschen Schlachtfeldern sterben soll. In einem versklavten Deutschland sichern die Kriegsverträge den Rüstungsmonopolen und dem Junkertum die Vorherrschaft, die mit zwei Weltkriegen unser Volk bereits zweimal an den Rand des Untergangs gebracht haben. Das sind die Gründe, warum Menschen der verschiedensten politischen Überzeugungen und der verschiedensten Weltanschauungen, die die Mehrheit unseres Volkes ausmachen, diese Kriegsverträge ablehnen und gegen Adenauer Stellung nehmen. Das werden auch die Wahlen zum Bundestag mit der Abstimmung gegen Adenauer beweisen.

Mit der Note der Sowjetregierung hat ein neuer Abschnitt im Ringen unseres Volkes um Einheit und Frieden begonnen. Sie schlägt vor, innerhalb von sechs Monaten eine Friedenskonferenz einzuberufen und auf ihr den Friedensvertrag mit Deutschland zu behandeln. In allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auf der Friedenskonferenz soll die Vertretung Deutschlands gewährleistet sein. Nicht über das deutsche Volk, sondern mit seinen Vertretern soll verhandelt werden. Dazu wird eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung berufen sein, die entweder die heute bestehenden Regierungen ersetzt oder neben diesen Regierungen aus Vertretern beider Teile Deutschlands geschaffen wird. In jedem Falle aber soll sie die Vollmacht zu allen Schritten haben, die dem deutschen Volke die Erhaltung des Friedens und die Herstellung wahrhaft demokratischer Verhältnisse in ganz Deutschland sichern. Ein wichtiger Schritt in dieser Richtung wird die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen sein, die ohne jede Einmischung ausländischer Staaten über den Gesellschafts- und Staatsaufbau des demokratischen Deutschlands entscheiden werden.

Nach den Vorschlägen der Sowjetregierung soll das deutsche Volk von den drückenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen befreit werden, die mit den Kriegsfolgen zusammenhängen. Ab 1. Januar 1954 soll die Zahlung von Reparationen und die Bezahlung von Nachkriegs-Staatsschulden an die vier Großmächte entfallen. Die Besatzungskosten sollen wesentlich

vermindert werden, so daß sie nicht mehr als 5 Prozent des Staatshaushalts betragen, in keinem Falle aber die Gesamtsumme der Besatzungskosten des Jahres 1949 übersteigen. Die enorme Bedeutung dieses Vorschlages ergibt sich allein daraus, daß die Besatzungskosten Westdeutschlands von 3,9 Milliarden Westmark im Jahre 1949 auf 9,3 Milliarden Westmark im Jahre 1953 gestiegen sind.

Die Sowjetregierung unterbreitet von neuem ihren Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der ihrer Note vom 10. März 1952 beigefügt war. Auf diesen Vorschlag haben die Regierungen der Westmächte bis heute keine Antwort gegeben und auch keine Gegenvorschläge unterbreitet. Mit dem Vorschlag, eine internationale Kommission zur Prüfung der Bedingungen für die Durchführung von Wahlen zu bilden, wollen sie vielmehr den Friedensvertrag mit einem einheitlichen, demokratischen Deutschland auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben. Diese von der Regierung der USA und ihrem deutschen Willensvollstrecker Konrad Adenauer betriebene Politik ist mit den Lebensinteressen unseres Volkes völlig unvereinbar. Das deutsche Volk braucht einen Friedensvertrag, es braucht die demokratische Einheit Deutschlands ohne Rüstungsherren, Militaristen und Faschisten. Auf dieser Grundlage wird die freie Entwicklung der Friedenswirtschaft und des gleichberechtigten Handels mit allen Ländern unserem Volke ein wohlhabendes und glückliches Leben sichern.

Diesen Lebensforderungen des deutschen Volkes entsprechen die Vorschläge, die in der Note der Sowjetregierung enthalten sind. Doch, liebe Landsleute, es genügt nicht, sie aus tiefstem Herzen zu begrüßen. Wir müssen selber alle Schritte tun, um die Einberufung der Friedenskonferenz, den Abschluß des Friedensvertrages und die Herbeiführung der demokratischen Einheit Deutschlands zu erleichtern und zu fördern. Die Verständigung der Deutschen ist heute ein zwingendes nationales Gebot. Mögen die Parlamente beider Teile Deutschlands jetzt ihre nationale Verpflichtung erfüllen, alle Meinungsverschiedenheiten und weltanschaulichen Unterschiede zurücktreten lassen hinter die Gesamtinteressen des deutschen Volkes. Diese nationale Größe

erwartet unser Volk von allen Männern und Frauen, die in beiden Teilen unseres Vaterlandes im öffentlichen Leben Verantwortung tragen.

Liebe Landsleute!

Durch die Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA ist der Weg zur Friedenskonferenz, zum Friedensvertrag und zur demokratischen Einheit Deutschlands freigelegt. Es ist der Weg zur Entspannung der Lage und zur Sicherung des Friedens in ganz Europa. Es ist der Weg, auf dem das deutsche Volk als gleichberechtigte und große Nation in den Kreis der friedliebenden Völker eintreten kann. Beschreiten wir Deutsche ihn, geleitet von den wahren und wohlverstandenen Interessen unseres Vaterlandes. Beginnen wir mit dem Nächstliegenden und Einfachsten: mit der gesamtdeutschen Verständigung.

„Neues Deutschland“ vom 18. August 1953.

Die Moskauer Verhandlungen — eine Tat der Freundschaft

*Ansprache auf dem Empfang der Regierungsdelegation
24. August 1953*

Herr Ministerpräsident!

Meine Herren Stellvertreter des Ministerpräsidenten!

Verehrte Mitglieder der Regierungsdelegation!

Ich danke Ihnen für den ersten Bericht, den Sie mir über Ihre Verhandlungen mit der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erstattet haben. Ihre Ausführungen haben den tiefen Eindruck noch verstärkt, den jeder verantwortungsbewußte Deutsche beim Anhören des gestern durch den Rundfunk bekanntgegebenen sowjetisch-deutschen Kommuniqués und des dazugehörigen Protokolls bereits erhalten hat. Ein Gefühl aufrichtiger Freude und großer Dankbarkeit erfüllt uns alle. Es ist die Freude darüber, daß die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und unserer Regierungsdelegation für das ganze deutsche Volk ein so außerordentlich gutes Ergebnis gehabt haben. Es ist die Dankbarkeit gegenüber der Regierung der UdSSR, die ein so tiefes Verständnis für die nationale Situation unseres Volkes und eine so überaus großzügige Hilfsbereitschaft für unsere Deutsche Demokratische Republik bewiesen hat.

Die Dokumente, in denen die Ergebnisse Ihrer Verhandlungen niedergelegt sind, sowie Ihre heutigen Ausführungen über den Verlauf der Verhandlungen bestätigen in eindrucksvoller Weise die Feststellung aus meiner Rundfunkansprache, daß mit der Note der Sowjetregierung vom 15. August ein neuer Abschnitt im Ringen unseres Volkes um Einheit und Frieden begonnen hat. Deutschland kann entweder einer der wichtigsten Faktoren zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa oder der Hauptherd einer neuen Aggression in Europa werden. Die Ansprache, in der der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, G. M. Malenkow, dies feststellte, bewies ein so tiefes Verständ-

nis für die Geschichte und die gegenwärtige Situation unseres Volkes, daß man wünschen möchte, gewisse westdeutsche Politiker hätten davon auch nur einen bescheidenen Bruchteil aufzuweisen. Es ist in der Tat so: Der deutsche Militarismus, der den Frieden und die Sicherheit der europäischen Länder in der Vergangenheit verletzte und gegenwärtig wieder bedroht, war und ist der Totengräber der deutschen Nation. Nach zwei mörderischen Weltkriegen will sich das deutsche Volk diesem Totengräber nicht ein drittes Mal ausliefern.

Darum werden es alle nationalbewußten Deutschen freudig begrüßen, daß dank der Großherzigkeit der Sowjetregierung durch die Moskauer Verhandlungen neue Voraussetzungen für die Einberufung einer Friedenskonferenz, für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands geschaffen wurden. Kein vaterlandsliebender Deutscher kann jetzt noch Einwände gegen Verhandlungen von Vertretern West- und Ostdeutschlands erheben, die eine Vereinbarung über die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung zum Ziele haben. Sie ermöglicht die Vertretung Deutschlands bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Sie schafft auch die Voraussetzungen, wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen. Damit ist der einzig mögliche Weg gewiesen, die Lebensfragen des deutschen Volkes zu lösen.

Die Völker der Sowjetunion haben am allerschwersten unter den grauenhaften Blutopfern und Verwüstungen gelitten, die der Hitlerkrieg von den europäischen Völkern gefordert hat. Erst wenn wir das bedenken, erfassen wir die ganze Größe der Uneigennützigkeit und Freundschaft, die die Sowjetregierung mit ihren Entscheidungen dem deutschen Volk entgegenbringt. Sie verzichtet auf alle Reparationen. Sie übergibt die Betriebe der sowjetischen Aktiengesellschaften unentgeltlich in das Eigentum der Deutschen Demokratischen Republik. Sie senkt die Zahlungsverpflichtungen für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in der Deutschen Demokratischen Republik. Sehen wir ab von den normalen Handelsverpflichtungen, so wird die Deutsche Demokratische Republik von allen Staatsschulden an die Sowjetunion, die im Gefolge des Krieges entstanden sind, völlig befreit sein.

Von der gleichen Großherzigkeit zeugt die freundschaftliche